

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 11. August 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Agrarier ohne Halm.

Auf der jetzt beendeten Tagung der deutschen Hausbesitzervereine in Dresden offenbarte sich so recht der in Hausbesitzkreisen herrschende Kastengeist, der alle Dinge in der Welt nur nach Hausagrariers Selbstinteressen bewertet. Und das, trotzdem der „Stand der Haus- und Grundbesitzer“ der überflüssigste von der Welt ist! Der Grund und Boden würde sich sogar weit besser zu Wohnungszwecken eignen, wenn er nicht Privateigentum wäre, sondern sich im Besitze der Allgemeinheit befände. Heute wird mit dem Grund und Boden gewuchert, — gewuchert nach der alten ungeschickten Art, die das Getreide aufspeicherte, bis die Preise Wucherhöhe erreicht hatten. Das ist heute bei den entwickelten Verkehrsverhältnissen nicht mehr möglich. Aber beim Grund und Boden ist es gerade durch die Entwicklung des Verkehrs- und gesamten Wirtschaftslebens erst recht möglich geworden. Die Privatwirtschaft in Grund und Boden allein ist schuld an der in Deutschland herrschenden permanenten Wohnungsnot. Die Herren Agrarier ohne Halm aber sind bei alledem von ihrer großen staatsverachtenden Bedeutung ganz durchdrungen. Natürlich — ohne sie müßte ja auch ganz Deutschland in Hausknechten überhandeln! Sie kennen keine Wohnungsnot; im Gegenteil: je weniger Wohnungen, je mehr Mieter, um so teurer die Mieten. Auch in der Gemeinde führen die Hausbesitzer dank der bestehenden reaktionären Gemeinde-Ordnungen das entscheidende Wort und sie mühen sich fürchtbar auf, wenn einer sie nach ihrer wirklichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu den Steuerlasten heranziehen möchte.

In dieser Hinsicht ist sehr bezeichnend der Geschäftsbericht, den der Kölner Baumeister Schlegel als Vorsitzender des preussischen Landesverbandes auf der Tagung in Dresden erstattete. Es heißt da:

„Weglich der Ausübung des Kommunalabgaben-Gesetzes ist... dahin zu streben, daß die §§ 54, 55 und 57 des Kommunalabgaben-Gesetzes in folgender Fassung abgeändert werden: a) Die Aufwendungen für allgemeine öffentliche Zwecke fallen auch in der Gemeinde allen Einwohnern in Gestalt der Einkommensteuer-Zuschläge zur Last. Die Eigentümer von bebauten und unbebauten (!) Grundstücken, sowie die Gewerbetreibenden haben durch Realsteuern nur diejenigen kommunalen Aufwendungen zu decken, welche ihnen zum besonderen Vorteile gereichen oder durch sie verursacht sind oder noch nicht in anderer Weise, wie z. B. durch Gebühren, Beiträge und Mehrbelastung, eine Ausgleichung erfahren haben.“

Was diese Forderungen bedeuten, taxiert man erst gebührend, wenn man bedenkt, daß es eine Zuwachsrente giebt. Paul Volgis berechnet in seiner „Grundrente und Wohnungsfrage“ den Bodenwert von Charlottenburg auf 45 Millionen Mark im Jahre 1888 und 300 Millionen im Jahre 1907.

Im Jahre 1881 ließ der Berliner Magistrat eine Enquete über den Nutzungswert solcher Häuser aufnehmen, bei welchen (in den Jahren 1808 bis 1877) bauliche Veränderungen nicht vorgenommen sind. Das Resultat war überraschend und zeigte, wie man im Schlafe reich werden kann. Hier eine kleine Blütenlese. Der Nutzungswert betrug:

	1868	1877	mehr
in der			
Königsstraße . .	375 438	564 081	50,24
Scharnstraße . .	76 143	117 877	54,81
Adlerstraße . .	19 443	36 796	89,25
Kanonierstraße . .	72 258	129 877	68,10
Mohrenstraße . .	180 756	297 287	64,47
Rüchenerstraße . .	177 657	276 074	55,35
Steglitzerstraße . .	109 116	196 815	81,17
Kastanienstraße . .	58 482	120 894	106,74
Rosenthalstraße . .	131 290	234 994	79,00
Spittelmarkt . .	49 116	86 283	53,71
Al. Marxstraße . .	38 477	63 899	75,16
Golnowstraße . .	51 881	88 888	62,88
Hirtensstraße . .	23 637	38 613	63,33

Es — müssen diese Hauseigentümer aber gearbeitet haben, damit sich ihr Besitz so schön „heben“ konnte!

Sie haben auch nicht einen Handschlag darum gethan! Wie kommt das? Alle Vorteile der dichteren Bevölkerung dienen in erster Linie dazu, die Grundrente zu erhöhen, sagt Adam Smith. Die Entwicklung der Kultur, ein Resultat der Zusammenarbeit aller Volksgenossen und besonders der werktätig schaffenden, vermehren den Wert des Grund und Bodens — den der Grundbesitzer einstreicht. Der Marxismus gebrauchte kürzlich für den Bau von Hafen- und Werftanlagen in Kiel ein gewisses Grundstück, das er für 231 000 M. von drei Herren kaufte. Nun kommt die Ironie des Schicksals: genau dasselbe Grundstück hatte der jetzige „glückliche“ Käufer früher einmal als Eigentum besessen, es dem Domänenfiskus überlassen, woraus dieser es für 68 000 M. an besagte — drei Herren veräußerte.

So geht's nicht nur in Berlin — so geht's in jedem kleinen Orte. Ist es da nicht einfach recht und billig, von diesem natürlichen Wertzuwachs, an dem die Herren Besitzer so unschuldig wie neugeborene Kindlein sind, der Allgemeinheit, die doch wachlich mit der fortschreitenden Entwicklung neue Lasten genug erhält, einen recht großen Teil zuzuwenden? Wächst doch die Steuerlast gerade durch jene Umstände, welche die Zuwachsrente entstehen lassen.

Aber davon wollen die Hausagrarier nichts wissen! Deshalb ist ihnen das ungeschickte Kommunalabgaben-Gesetz ein Dorn im Auge. Es bezeichnet nämlich außer der Zuschlags-Einkommensteuer auch die Gebäude- und Grundsteuer (Realsteuern) als Kommunalsteuer. Und doch gehen die Gemeinden im allgemeinen noch viel

zu hart bei der Festsetzung dieser Steuern vor. Die meisten erheben die Steuern nach dem Nutzungswert und nicht nach dem gemeinen Wert. Das macht schon bei Gebäuden recht viel zum Nachteil der Gemeindefasse aus, erst recht aber bei den ungebauten Grundstücken. Ein Stück Land, das wegen des Ueberangebots an Wohnungsgesuchen und wegen der allgemeinen Entwicklung der Gegend Hunderttausende wert ist, wird als Kartoffelland bebaut und — versteuert, während der Eigentümer ruhig wartet, bis er es mit einem Niesenreißbach verkaufen kann. Verschiedene Städte und Gemeinden treffen diesen Wert und Wertzuwachs durch Steuererhebung, die dann allen andern Steuerzahlern zu gute kommt. Das aber wollen die Herren nur durch Gesetz verhindert sehen, daher die erwähnte Forderung im Geschäftsbericht des Herrn Schlegel. In über 100 bayerischen Gemeinden werden Umj a y s t e u e r n für verkaufte Grundstücke erhoben, ebenso in einigen 20 größeren Gemeinden Preußens, so Kachen, Charlottenburg, Varmen, Bochum, Berlin, Breslau, Danzig, Erfurt usw. Meistens ist der Satz jedoch recht niedrig, Berlin erhebt 1/2 Proz. von bebauten und unbebauten Grundstücken. Dann wieder trifft man, wie gesagt, die leerstehenden Bauplätze durch Besteuerung nach dem gemeinen Werte, so Duisburg, Breslau, Dortmund, Kachen, Charlottenburg, Düsseldorf, Oberfeld, Honsburg, Groß-Nichtersfelde, Kiel, Köln, Münster usw. Die Besteuerung ist aber viel zu gering: 1/2—3, höchstens 4 pro Tausend. Eine andre Möglichkeit, die Zuwachsrente heranzuziehen, bietet besonders die Zuwachssteuer. Sie besteht bis jetzt in Deutschland noch nirgends, — wohl aber in — Klantschau, und zwar in der ansehnlichen Höhe von 33 1/2 Proz. Unse heimlichen Agrarier ohne Halm würden samt und sonders kopfstechen vor Wut, wenn sie hier so bleichen sollten. Und doch sagt die erste „amtliche Denkschrift“ darüber: „Es erscheint als sehr möglich, daß das Gouvernement sich mit einem Mittel begnügt und zwei Drittel den Privaten hinterläßt.“ Ganz unsre Meinung! Nur sollte man auch im deutschen Mutterlande recht bald den Grundbesitzern auf dieselbe Weise gegen den Leib rücken — im Interesse des wohnungsmietenden Volkes und nicht zuletzt des Staatsfideles.

In dem erwähnten Geschäftsbericht aber war noch ein kleiner Herzenswunsch enthalten, der recht bescheiden aussieht, aber trotzdem oder gerade weil er so heuchelt — recht bezeichnend für den hausagrariers Kastengeist ist. Er heißt:

„Gegen die Beförderung von Genossenschaften für die Herstellung und die Erleichterung des Erwerbes zweckmäßiger Arbeiterwohnungen ist an sich nichts einzuwenden, obschon ein Bedürfnis hierfür, abgesehen von vereinzelten Ausnahmen, nicht anerkannt werden kann, und es dort, wo es besteht, meist in ungenügender Verbindung der größeren Städte mit ihrer näheren und weiteren Umgebung, in mangelndem Ausbau des Straßenbahnnetzes und mangelnder Anleitung zu praktischer (!) Bauart keinen Grund hat. Dagegen muß es als der Ausfluß eines bedenklichen Staatssozialismus und als unzulässig (!) bezeichnet werden, wenn solche Genossenschaften aus öffentlichen Mitteln Unterstützung empfangen, sei es durch Schenkung von Geld oder Grundstücken, oder durch Darlehen zu einem niedrigen, eine versteckte Schenkung enthaltenden Zinsfuß, oder aber seitens der Gemeinden durch Uebernahme einer Bürgerschaft, oder Erlaß der Straßenbau-, Kanal- und sonstigen bei allen andern Bauten regelmäßig zu entrichtenden Abgaben. Wie die Errichtung der Konsumvereine, Offizier- und Beamtenhäuser und Großbazare der Gewerbetreibenden des Mittelstandes, so muß eine unzulässige (!) Förderung der Baugenossenschaften die zahlreichen Hauseigentümer des Mittelstandes in empfindlichster Weise schädigen.“

Nehmen wir den nicht unbegründeten Hinweis auf schlechte Verbindungen der Städte mit den Vorortskreisen vorweg. Die Straßenbahnen werden in der Regel leider noch von Privatgesellschaften betrieben und die erwarten von jeder einzelnen Linie, daß sie einen Ueberschuß abgibt. So kommt es denn, daß die Grundeigentümer mit der Bevouung auf die Straßenbahnen und diese mit den neuen Linien auf die Schaffung eines (dividenden-spendenden) Verkehrsbedürfnisses durch die Bevouung warten und das Publikum das Nachsehen hat. Da sollte die Gemeinde helfen und beiden Parteien die Last abnehmen.

Also: gegen die Beförderung der Baugenossenschaften haben die Grundherren durchaus nichts; nur dürfen sie nicht etwa mit wirksamen Mitteln unterstützt werden, damit sie nur nicht auf die Höhe der Wohnungsmieten von Einfluß sein könnten. Aber sonst ist es ihnen im Innersten des Herzens sogar ganz angenehm, wenn Baugenossenschaftler es unternehmen, eine weiter ab liegende Gegend zu bebauen — wie es ja naturgemäß meistens geschieht — und dadurch die umliegenden Grundstücke „vorteilhaft erschließen“ — zu Gunsten der Haus- und Grundbesitzer, die gegen diese Steigerung der Zuwachsrente, trotzdem sie durch ihre argen Feinde, die Baugenossenschaftler, veranlaßt ist, gar nichts einzuwenden haben. Adolf Damajshle zeigt in seinem Buche „Aufgaben der Gemeindepolitik“ einen solchen Fall, dem sich andre aus allen möglichen Orten leicht anreihen lassen: „Der Berliner Spar- und Bauverein, dessen Aufsichtsrat ich sechs Jahre angehörte, begann seine Thätigkeit mit dem Bau eines Doppelhauses in Moabit. Wir gingen weit hinaus. Unser Haus war das erste in der betreffenden Straße. Seine Erstellung und der Bau einer Volksschule durch die Gemeinde trieben den Preis des Bodens in ganz kurzer Zeit auf das Doppelte und höher. Die Aktionäre der Terrainsgesellschaft gewannen — wir hatten ja getuigt und gearbeitet.“

Was jetzt aber haben die Baugenossenschaften den Agrariern ohne Halm so gut wie gar keinen Schaden gethan. Auch die Steuer-

veranlagung wird ja noch lange nicht allgemein und straff genug gelebt. Der Grundwert muß noch viel mehr bluten! Wichtiger aber wäre ein wirksames Enteignungsrecht für die Gemeinden zum Zwecke des Wohnungsbaues, ergänzt durch eine Gemeinde-Gesetzgebung, die das Uebergewicht der Hausbesitzer in der Gemeindeverwaltung beseitigt, also allgemeines gleiches und geheimes Wahlrecht zur Gemeindeverwaltung. Diese Fragen spielen auch für die preussischen Landtagswahlen eine erhebliche Rolle. Die Hausbesitzer wollen ihre Forderungen allen Kandidaten für das preussische Abgeordnetenhaus bei den kommenden Wahlen vorlegen. Die Arbeiterklasse hat ein sehr lebhaftes Interesse daran, den Wünschen der Herren entgegenzuwirken.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. August.

Hausherrrecht und Pressfreiheit.

Die preussische Eisenbahnverwaltung hat abermals von jenem obersten Teile des Hausherrnrechts Gebrauch gemacht, der mit Hilfe des Hausknechts geübt wird. Aus den Bahnhofs-Buchhandlungen sind die socialdemokratischen Preherzeugnisse verbannt, die „Zukunft“ und der „Simplicissimus“ gingen nach ihnen ins Exil, und nun liegt abermals ein bürgerliches Blatt, „Die Welt am Montag“ auf der Strafe. Am letzten Sonnabend, nachmittags ging dem Verlage dieses Blattes vom Wächter der hiesigen Bahnhofs-Buchhandlungen die Nachricht zu, daß er nicht in der Lage sei, den Verkauf der Zeitung weiter betreiben zu können. Nach den Angaben der „Welt am Montag“ bedeutet dieser neueste Akt für den Bahnhofs-Buchhändler selbst einen materiellen Verlust von jährlich 15 000 M. Da sich das Republikaum der „Welt am Montag“ zum großen Teil daran gewöhnt hat, auf den Bahnhöfen ihr Blatt zu kaufen, dürfte auch der Verlag selbst eine wenn auch vorübergehende materielle Schädigung erfahren, die freilich bald wieder wett gemacht werden dürfte durch die wirksame Melasse, die die königlich preussische Eisenbahnverwaltung für ihn betreibt.

Der Verlag hat sich beschwerend an den Ministerpräsidenten gewendet und an ihn das dringende Ersuchen gerichtet, „im Interesse der bedrohten Pressfreiheit und in Wahrung unserer verfassungsmäßigen Rechte telegraphisch die Rücknahme der Maßregelung unseres keiner Partei zugehörigen, unabhängigen Blattes“ anzuordnen.

Wenn der Verlag — und wir sind die letzten dazu, das bezweifeln zu wollen — mit seiner Beschwerde wirklich verfassungsmäßige Rechte wahr, wird die Entscheidung des Ministerpräsidenten allerdings nicht auf die Frage Rücksicht nehmen dürfen, ob das geschädigte Blatt einer bestimmten Partei angehört oder nicht. Denn die Pressfreiheit ist bekanntlich seit dem Falle des Socialistengesetzes für keine Partei gesetzlich beschränkt. Die Rücknahme der Vorkontrollierung, die von dem Verlage gefordert wird, hat wirklichen Wert nur dann, wenn sie aus principielle Gründe erfolgt. Sie darf kein Gnadenakt sein, der später vielleicht mit besserem „Wohlvorhalten“ quittiert wird. Sonst trüge ein vorübergehendes Verbot des Blattes doch nur den Charakter einer „erstmaligen Verwarnung“, wie sie gegenwärtig nur mehr in Rußland üblich ist.

Die principielle Bedeutung der Sache reicht aber noch viel weiter. Die täglich lächerlichen und trotzdem aufreizenden Versuche, unangenehme Preherorgane wirtschaftlich zu schädigen, sind keine vereinzelte Erscheinung auf dem Gebiete, auf welchem sich die Grenzen zwischen verfassungsmäßigem Recht und staatskapitalistischer Willkür so sehr verwischt haben. In Herrn Sudbes Reich ist nicht nur die Pressfreiheit, sondern auch die Rede- und Koalitionsfreiheit aufgehoben. Wenn die preussische Eisenbahnverwaltung in ihrem Bereiche keine Zeitungen unterdrücken darf, dann darf sie auch die Gesinnung und die außerdienstliche Thätigkeit ihrer Angestellten nicht kontrollieren.

So lange der preussische Staat nicht einseht, daß er die verfassungsmäßigen Rechte, die den Bürgern zustehen, auch jenen Staatsbürgern gegenüber zu wahren verpflichtet ist, die von ihm wirtschaftlich abhängig sind, werden auch die kopfgeplagten Blätter nicht zu ihrem Rechte kommen. Graf Villoz ist sicherlich ein lebenswürdiger Mann, der zu keinen Gefälligkeiten gerne bereit ist — aber dazu fehlt ihm doch die staatsmännische Einsicht, zu begreifen, daß das Schlimme der polizeilichen Bevormundung, der Hintertürenzensur im Volke nur Stimmungen wecken, die zwischen Berger und Gelächter wechseln. —

Späte Befreiung.

Aus Anlaß des Geburtstages des sächsischen Königs sind 70 Strafgefangene begnadigt worden. Darunter befinden sich drei Opfer des Justizhandprozesses gegen die Wölbauer Bauarbeiter.

Die Zimmerer Moriz, Gedlich und Wobst haben vier Jahre hinter Justizhausmauern verbracht. Moriz war zu acht, die beiden andern zu je sieben Jahren verurteilt worden. Schon früher, unter der Regierungszeit des verstorbenen Königs Albert, waren vier andre von den Wölbauer Verurteilten, welche geringere Strafen zu verbüßen hatten, der Freiheit wiedergegeben worden. Noch aber verbleiben zwei jener tief Bedauernswerten im Justizhause zu Waldheim, der Zimmerer Schneider, der zu neun Jahren, und der Bauarbeiter Zwahr, der zu zehn Jahren verurteilt worden war.

Die Befreiung der jetzt Begnadigten wurde im sächsischen Volke seit Jahren dringlich erwartet und daß sie immer wieder nicht eintrat, auch nicht beim Regierungsantritt des neuen Königs, erregte die Erbitterung stets von neuem, die durch das ungeheuerliche Justizhandurteil vom Februar 1899 entfacht war.

Die Begnadigung, die nun allzu spät erst geübt wird, ist eine Wohlthat vor allem für die sächsische Justiz, die befreit wird von einem keinen Teile schwerer sozialer Verschuldung, sowie für die

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Inseerale für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

Russische Regierung, die so lange diese Verschuldung unbeglichen duldet.

So sehr es zu begrüßen, daß diese Art der Rechtsherstellung vollzogen wird, so ist es um so bedauerlicher, daß nicht endlich dieses Unrecht gänzlich aus der Welt geschafft wird, daß noch immer zwei Menschen, deren Schuld, so weit sie solche auf sich laden, seit Jahren gefährt ist, hinter Zuchthausmauern schmachten müssen.

Wahlfragen. Infolge leichfertiger Korrigierens der Zahlen ist die unter der gleichen Ueberschrift in voriger Nummer enthaltene Notiz in einem wesentlichen Teile vollständig verstimmt worden. Im Regierungsbezirk Königsberg sind nicht 574 000 sondern 57 400 Konserbativen und im Regierungsbezirk Potsdam nicht 57 400 sondern 175 000 socialdemokratische Stimmen abgegeben worden.

Er mordung des russischen Konsuls in Monastir. Die Lage in Macedonien wird immer komplizierter. Nachdem erst am 31. März dieses Jahres der nach Mitrowitza entsandte russische Generalkonsul Schtscherbina von einem türkischen Soldaten albanesischer Abkunft erschossen worden ist, wurde Sonnabend wiederum auf einen russischen Konsularbeamten ein Attentat vollführt: auf den russischen Konsul in Monastir, den Staatsrat Kostlowski.

Welchen Motiven die That entsprungen ist, läßt sich noch nicht erkennen. Ob der Soldat als Mohamedaner in dem Konsul einen Helfershelfer der bulgarischen Aufständischen sah und Rache nehmen wollte für die Niederbrechung mohamedanischer Dörfer durch bulgarische Vanden, oder ob er umgekehrt ein Werkzeug der bulgarischen Aufstandsleiter war, die durch diese neue Ermordung eines russischen Beamten Rußland zur Intervention zwingen wollen, das sich erst die Unterdrückung lehrt.

Der russische Minister des Aeußern, Graf Lamsdorf, telegraphierte gestern an den russischen Votschafter in Konstantinopel: Seine Majestät der Kaiser empfing ein Telegramm des Sultans, das tiefes Bedauern über den Tod des Konsuls in Nioli ausdrückt. Nachdem ich Ihr Telegramm vorgelegt, befahl der Kaiser, daß Sie sich nicht auf die Entgegennahme von Erklärungen des Großveziers beschränken, sondern an die türkische Regierung sehr energische Forderungen bezüglich voller Genußthung und unerbüßlicher exemplarischer Bestrafung sowohl des Mörders als auch aller Militär- und Civilpersonen stellen, auf welche die Verantwortung für die freche Uebelthat fällt.

Andrerseits dürfte die Pforte es kaum daran fehlen lassen, dem russischen Verlangen nach Genußthung möglichst entgegenzukommen; wie der russische Votschafter seiner Regierung gemeldet hat, sind noch am 8. August der Großvezier und der Minister des Aeußern bei ihm erschienen mit dem Ausdruck des Bedauerns im Namen des Sultans. Ferid Pascha erklärte, der Mörder sei der Gendarm Halim; er werde der strengsten Strafe unterworfen werden, ferner werde der Wali von Monastir seines Postens enthoben.

Reue Kämpfe. In Sirola, 2 1/2 Stunden von Ochrída, hat am 3. August ein sechsständiger Vandenkampf stattgefunden; 46 Komitatstschis wurden getötet. Die übrigen flüchteten, nachdem sie das Dorf in Brand gesetzt hatten. Bei Trenitsche und Wschowitschi haben gleichfalls Vandenkämpfe stattgefunden, 12 Komitatstschis, darunter ein berühmter Vandenführer, wurden getötet. In Diridje sind 200 Soldaten von Komiteebeamten umstellt; Truppenverstärkungen sind dorthin abgegangen.

Saloniki, 8. August. (Telegramm der „Agence Havas“.) Zehntausend, in vier Corps eingeteilte Infurgenten stehen im Wilajet Monastir unter Waffen, zweitausend kämpfen in Mistoria gegen türkische Truppen. Truppenketten schützen Monastir. Die Läden in dieser Stadt sind geschlossen. Die Eisenbahnarbeiter weigern sich, weil von den Infurgenten mit dem Tode bedroht, die Eisenbahngelise auszubessern. Angesichts der Gefahr für den Verkehr wird von verschiedenen Seiten verlangt, daß der Personenverkehr auf den Eisenbahnen in Macedonien vorläufig halber eingestellt werde. Die Lage wird für ernst gehalten.

Deutsches Reich.

Die „große liberale Partei“.

Herr Baffermann ist es, der die erste That vollbringt, um die vielberedete große liberale Partei in Wirklichkeit treten zu lassen. In Wirklichkeit nicht gegen die Reaktion, sondern gegen die Socialdemokratie!

Aus Mannheim wird uns geschrieben: Einen bemerkenswerten Beschluß fahte unter dem Vorsitz Baffermanns der Vorstand des hiesigen Rationalliberalen Vereins, er schlägt für die im Oktober stattfindenden Landtagswahlen in Mannheim-Stadt den Freisinnigen und Demokraten ein gemeinsames Vorgehen gegen die Socialdemokratie vor. Der Zweck dieses Vorgehens ist, der Socialdemokratie, die sich seit 1895 im Besitze sämtlicher drei Mandate der Stadt Mannheim befindet, die beiden diesmal zur Neuwahl stehenden Mandate zu entreißen und sie zwischen Rationalliberalen und Freisinnigen bezw. Demokraten aufzuteilen. Der Freisinn wird sich ohne Zweifel dieser Taktik anschließen, vorausgesetzt natürlich, daß dabei etwas für ihn abfällt; dagegen ist das Eingehen der Demokraten auf den seltsamen Handel sehr unwahrscheinlich. Die demokratische Partei wurde von den vereinigten Rationalliberalen und Freisinnigen bei den letzten Mannheimer Gemeindevahlen in geradezu schänderlicher Weise vergewaltigt, und zudem trennen sie von letzteren gerade in einer der wichtigsten Fragen, die den nächsten Landtag beschäftigen werden, in der Frage der Zulassung der Männerklöster, unvereinbare Gegensätze. Dazu kommt, daß das Leitblatt Wassermanns, der Mannheimer „Generalanzeiger“, erst vor kurzem ein scharfes Pronuntiament gegen die bürgerliche Demokratie gerichtet und ihr mit der Entziehung ihrer diesmal zur Wahl stehenden Mandate gedroht hat. Der von nicht gerade großer taktischer Klugheit zeugende Coup Baffermanns wird voraussichtlich also nur die eine Wirkung haben, daß er unsere Mannheimer Parteigenossen zur Anspannung aller ihrer Kräfte bei der Wahl anspornen wird. Selbst wenn das „Artell der feindlichen Brüder“ zu stande läme, wäre eine Gefahr für den parlamentarischen Bestiand unserer Mannheimer Partei ausgeschlossen.

Die beleidigten Freihändler. Die „Vossische Zeitung“ faßt sich beleidigt, daß sie von der „Kreuzzeitung“ zu den Freihändlern gethan wird. Sie will keineswegs dazu gehören und erklärt ausdrücklich, daß sie für einen Zoll von 35 M. auf die Tonne eintritt, wie er jetzt besteht. Die „Vossische Zeitung“ gehör zu derjenigen

Gruppe bürgerlicher Politiker, die bisher von allen bürgerlichen Parteien am wenigsten agrarisch gesinnt waren.

Zur Bekämpfung der Wurnkrankheit. Der Vorstand des Deutschen Bergarbeiter-Vereins hat am 5. August an den Verein für bergbauartige Interessen, das Ober-Bergamt und das Ministerium eine Eingabe in Sachen der Bekämpfung der Wurnkrankheit gerichtet, worin er unter anderem verlangt, daß den Wurnkranken während der Dauer der Krankheit der volle Lohn gezahlt werde. Am 9. August hat der Verein für bergbauartige Interessen, wie uns ein Privattelegramm meldet, den Beschluß gefaßt, den Vorschlag zu empfehlen, daß sie den Wurnkranken auf das Krankegeld soviel zahlen sollen, daß sie den durchschnittlichen Schichtlohn erreichen. Die Gesellschaften „Gelsenkirchen“ und einige andre noch nicht genannten sollen bereits beschlossen haben, der Empfehlung zu folgen; „Siberia“ will folgen.

Die Partei des Anstandes.

Die Presse der Konserbativen und des Centrums wetteiferte jüngst in schärfster geistlicher Entrüstungskomödie über Vorgänge bei der Wahl im 9. sächsischen Wahlkreise, dem einstigen Siege des Dr. Dertel. Jetzt wird ein neuer Fall zu den früheren bekannt, wie die Konserbativen in neuem Kreise sich verhalten haben. In der letzten Sitzung der Stadterordneten von Freiberg i. S. gab vor Eintritt in die Tagesordnung der dortige nationalliberale Bürgermeister Wähler folgende Erklärung ab:

„Während meines vierwöchigen, Dienstag, den 4. d. Mts. zu Ende gegangenen Urlaubs bin ich in hiesiger Stadt von zwei Personen aus Anlaß der Reichstagswahl in unerhörter, von mir und wohl auch von anderer Seite niemals für möglich gehaltener Weise beschimpft worden. Als bald nach meiner Rückkehr habe ich wegen beider Thaten Strafantrag gestellt, bitte aber überdies, daß, wenn etwa noch weitere derartige Vorkommnisse sich ereignen haben, mir sofort davon Mitteilung gemacht wird, damit ich auch da unmissverständlich die Strafverfolgung herbeiführen kann. Weiter ist öffentlich in einer anständigen Zeitung versucht worden, zwei hiesige Industrielle gleichfalls aus Anlaß der Reichstagswahl in ihrem Erwerb zu schädigen, indem man vorgefälschter Verbindung mit ihnen warnte. Wenn ich diese Sache hier erwähne, liegt es mir fern, die Politik in unsere Verhandlungen hineinzutragen. Aber die Stadtverwaltung hat die Pflicht, die Bürger zu schützen und den Gewerbebetrieb zu fördern, demgemäß aber auch, derartigen, übrigens von den Angehörigen aller Parteien jederzeit einmüthig verurteilten Maßnahmen nach Möglichkeit entgegenzutreten. Ich bitte auch hier, alle weiteren Versuche, unsre Einwohner zu schädigen, zur Kenntniß des Stadtrates zu bringen, dem ich die weiteren Schritte in dieser Frage vorbehalten muß. Alle aber, die es mißbilligen, wenn politische Gegensätze auf das persönliche und geschäftliche Gebiet übertragen werden, fordere ich auf, die Stadtverwaltung in ihrem Bestreben, diesen Versuchen Einhalt zu thun, nach Kräften zu unterstützen.“

Ein Jahr muß er haben. Zu der Verurteilung des Redakteurs Biermann von odenburgischen „Reisendboten“ wegen Beleidigung des Justizministers Ruchstrat macht das Blatt folgende bemerkenswerte Mitteilung:

„Ein hiesiger Anwalt hatte der Frau unsres Redakteurs gesagt: Gehen Sie zum Herrn Minister und bitten ihn, er möge in Rücksicht auf die Familie die Klage zurückziehen, mir würde das eine größere Genußthung sein, als wenn ein Mensch meinerwegen mit Gefängnis bestraft wird. Die Frau befolgte den Rat des menschenfreundlichen Herrn. Und wie ängerte sich der Herr Minister: Ein Jahr muß er dafür haben! Nennen Sie mir den Mann, der den Artikel geschrieben hat, dann wollen wir weiter über die Sache reden.“

Thatsächlich ist Biermann denn auch zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden, so daß die Hoffnung des Ministers in Erfüllung gegangen ist.

Unreife Politik. Aus Kattowitz wird berichtet: Einen schwunghaften Handel mit den photographischen Porträts des im Wahlkreise Kattowitz-Jabrze gewählten polnischen Abgeordneten, Korfant, betrieb das hiesige photographische Atelier von Tomi Schön. Zu Hunderten wurden die Bilder käuflich abgesetzt, viele Freunde und Gönner Korfants erhielten sie als Geschenk und zahlreiche Läden wurden damit geschmückt. Ein Schußgeschäft benutzte sie als Gratisbeigaben für die Käufer. Die Inhaberin des Ateliers hat nun vor einigen Tagen von der Polizei die Anweisung erhalten, das Staatsgebiet zu verlassen. Durch ihre Verheiratung mit einem Ausländer (Oesterreicher) ist sie der deutschen Staatsangehörigkeit verlustig gegangen.

Es ist gewiß ein Zeichen einer unreifen Bevölkerung, daß mit der Photographie eines neu gewählten Abgeordneten ein derartiger Kultus getrieben wird, wie ihn sonst nur „Patrioten“ und Byzantiner mit Färsen- und Prinzenbildern betreiben. Aber noch unreifer ist die Polizeipolitik, die eine Frau, welche solche Bilder verkauft und dadurch, wie die Polizeisprache sagt, „den Radikalpolonismus unterstüzt“, aus Preußen verjagt.

Zum Kapitel der Soldatenmißhandlungen behauptet die „Straßburger Post“, die Entrüstung darüber werde auch in militärischen Kreisen in hohem Maße empfunden. Wenn das richtig ist, dann versteht man noch weniger die oft ungläublich milden Verurteilungen von Verfehlungen Vorgesetzter durch die Militärgerichte. Weiter faßt das genannte Blatt aus:

„So sich solche Verhältnisse herausbilden können, wie sie die jüngsten kriegsgerichtlichen Verhandlungen an die Öffentlichkeit gebracht haben, kann unmöglich die genügende Beaufsichtigung stattgefunden haben, und hier kann eine Besserung nur dadurch erreicht werden, daß man die beaufsichtigenden Organe in rücksichtsloser Weise zur Verantwortung mit heranzieht, und zwar nicht allein mit Strafen, sondern kurzerhand auch mit Dienstentlassung. Die Zahl der Offiziere und Unteroffiziere im Heere, die sich in ihrer Dienstzeit niemals auch nur der leisesten Soldatenmißhandlung oder vorchriftswidrigen Behandlung von Untergebenen schuldig gemacht haben, ist denn doch viel zu groß, als daß sie ihren blanten Ehrenschild durch unwürdige Individuen besudeln lassen sollten, die in unser Heer als Vorgesetzte nicht hingehören. In den meisten Fällen sind Unteroffiziere usw., welche leicht zum Schlägen und Mißhandeln geneigt sind, innerhalb des Truppenteils ganz gut bekannt, und wenn es daher der Aufmerksamkeit des Vorgesetzten nicht gelingt, ihnen gründlich und nachdrücklich das Handwerk zu legen, so trifft ein Teil der Schuld ohne Zweifel die betreffenden Vorgesetzten selbst. Gegen rohe Mißpel, gleichviel an welcher Stelle sie sich befinden, muß mit der größten Rücksichtslosigkeit innerhalb der Armee selbst vorgegangen werden; da können weder die Militärgerichte, noch die Interpellationen der Regierung im Reichstage etwas helfen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sich die Ausbildung unsres Heeres ohne Prügel und ohne Mißhandlungen in erzieherischer Weise erreichen läßt, und um dieses Ziel auch in der Praxis mit Sicherheit zu erreichen und den beabsichtigten Zweck durchzusetzen, darf kein Mittel, auch das strengste nicht, unversucht bleiben.“

In den Ausführungen des Blattes ist gewiß vieles Richtige, jedoch ist das vorgeschlagene Mittel wohl kaum ausreichend zur Beseitigung des traurigen Zustandes. Die Hauptfrage liegt ohne Zweifel in dem System des herrschenden Militarismus. Der blinde Gehorsam, der vom deutschen Soldaten gefordert wird, dazu die Anforderungen eines unfürnigen Paradedrills, der Leuten beigebracht werden soll, die vielfach keinerlei körperliche Gewandtheit mitbringen, das ist es vor allen Dingen, worin die Ursache zu den schrecklichen Mißhandlungen zu suchen ist. Damit in Verbindung steht als weitere Ursache die hochmüthige Verachtung, die die meisten feudalen Herren dem „Kerl“ entgegenbringen. Man gebe dem Soldaten das Recht, sich gegen ungebührige Zumutungen und gegen Mißhandlungen zu wehren, man befreie ihn von der Pflicht, Befehle zu erfüllen, die über die Ausübung des Dienstes hinausgehen, man reformiere das Besatzverdersch und schaffe ein

Strafrecht, das modernen Anschauungen entspricht, damit wird man erst Einflüßliches zur Bekämpfung der Mißhandlungen erreichen können. Die Abschaffung des Paradedrills und eine frühzeitige Vorbereitung der jungen Leute in körperlichen Übungen gehört gleichfalls dazu. Daß nicht alle Vorgesetzten sich zu Mißhandlungen verleiten lassen, ist kein Beweis gegen unsre Auffassung; es sind eben die ungeeigneteren Elemente, denen das System entgegenkommt, das ihre Veranlagung erst weckt und die Zahl der Mißhandlungen ist höchstwahrscheinlich viel größer wie die Zahl derer, die durch Gerichtsverhandlungen an die Öffentlichkeit dringen.

An solche grundsätzliche Reformen denkt man aber natürlich nicht. Dagegen konnte ein militärischer Befehlshaber, wie der Erzbischof von Meiningen, über seinen Erlaß gegen die Mißhandlungen stützen.

Ausland.

Charles Longuet †.

Paris, 8. August. (Fig. Ver.) Die Ueberlebenden der Pariser Kommune werden immer weniger. Wieder ist einer von ihnen, Charles Longuet, der Schwiegerohn von Karl Marx, zur Ruhe gegangen. Er starb eines plötzlichen Todes im 64. Altersjahr.

Seine politische Thätigkeit beginnt am Ende des zweiten Kaiserreichs. Sproßling einer liberal-monarchistischen Bourgeoisfamilie aus der Normandie, gewann er seine ersten Sporen im Kampfe gegen das Kaiserreich und für die proudhonistischen Ideen. Im Pariser Studentenviertel that er sich als eifriger Propagandist hervor. 1867 gründete er mit Cladel, Tridon u. a. die socialistische Studentenzeitung „Les Ecoles de France“, die ihm vier Monate Gefängnis einbrachte. Bald darauf zog er sich acht Monate Gefängnis zu durch laiferfeindliche Artikel in seiner neuen Zeitung „Nive Gaudet“. Er entfloh nach Brüssel, um dort die Zeitung fortzusetzen, wurde aber alsbald aus Belgien ausgewiesen, und ging nach London, wo er die Bekanntschaft von Karl Marx machte. Er trat auch der Internationale bei und beteiligte sich an ihren Kongressen in Kaufmann und Basel. Der Baseler Kongreß löste ihn nach seiner Rückkehr nochmals zehn Monate Gefängnis.

Am Aufstand vom 18. März 1871 nahm er thätigen Anteil als Kommandant des 248. Bataillons der Nationalgarde. Die Kommune ernannte ihn zum Direktor des „Journal Officiel“, und selbst das bourgeoise „Journal des Debats“ gefand damals zu, daß das Regierungsblatt zum erstenmal von einem Manne geleitet wurde, der „zu denken und zu schreiben versteht“. In den Nachwahlen vom 16. April zum Mitglied der Kommune gewählt, schloß Longuet sich der internationalistischen Minorität an. Nach dem Fall der Kommune gelang es ihm, sich dem Veriaurteil Todesurteil durch die Flucht zu entziehen. 1873 beteiligte er sich an Gauger Kongreß der Internationale als Gegner der Bakunisten.

Seine Thätigkeit verlebte er in London, wo er 1873 eine Tochter von Karl Marx, Jennie, heiratete. Nach Erlaß der Amnestie kehrte er nach Paris zurück und arbeitete zunächst an der „Justice“ von Clemenceau als Redakteur der auswärtigen Politik, wobei er den Kampf der deutschen Socialdemokratie unter dem Ausnahmesegeß sympathisch behandelte. 1886—1893 war er Mitglied des Pariser Gemeinderates auf Grund eines socialistischen und radikalischen Wahlkompromisses. 1893 wurde er infolge seiner socialistischen Abstimmungen durch einen Radikalen ersetzt. Seither landbierte er mehrfach, namentlich für den Senat, aber ohne Erfolg. Seit der französischen Parteisplaltung gehörte Longuet der jauroisistischen Partei an und war Mitglied ihres Interdöralen Komitees. Auf dem letzten Kongreß derselben in Bordeaux sprach er gegen Millerands Ausschließung.

Charles Longuets Tod ist eine schmerzliche Ueberraschung. Trotz seines vielbewegten Lebens zeigte er eine fast jugendlich anmutende Lebhaftigkeit des Naturells und des Geistes und volle körperliche Thätigkeit. . . . Er hinterläßt eine Tochter und drei Söhne, darunter den auch den hiesigen Genossen nicht unbekannt angehörnden Schriftsteller Jean Longuet.

Oesterreich-Ungarn.

Graf Rhuens Demission. Endlich, nach langem Jögern, sieht sich nun doch der ungarische Ministerpräsident Graf Rhuen-Pederbary genötigt zu gehen. Er erklärte im ungarischen Abgeordnetenbaue, die Regierung habe sich die Aufgabe gestellt, die Vereinigung des ex lox-Zustandes herbeizuführen und eine normale Geschäftsführung im Parlament zu ermöglichen. Zu diesem Behufe sei die Erhöhung des Rekrutenkontingents zurückgezogen. Die Ansicht, daß die Regierung ihre Mission würde erfüllen können, sei anfangs verheißungsvoll gewesen, doch die Möglichkeit des Gelingens der Aufgabe habe sich bald vermindert, bis sie völlig geschwunden sei. Darum habe es die Regierung für ihre patriotische Pflicht gehalten, ihre Mission in die Hände des Kaisers zurück zu legen und ihre Demission zu überreichen. Der Kaiser habe diese angenommen und sich die formale Erledigung des Demissionsgesuches für später vorbehalten.

Der Ministerpräsident ersucht hierauf das Haus, sich bis zur Bildung eines neuen Kabinetts zu vertagen, und teilt ferner mit, der Kaiser werde nach Ungarn kommen.

Budapest, 9. August. (W. S.) Infolge der Demission des Kabinetts wird die Lage als eine beruhigtere angesehen. Die Ankunft des Kaisers in Budapest wird für Mittwoch erwartet. Er wird auch mit den Führern der Opposition Fühlung nehmen. Betreffs des neuen Kabinetts glaubt man, daß eine indifferente Persönlichkeit, z. B. Julius Szapary, die Mission übernehmen werde. Der Reich v. Koerber nach Ratos zu v. Szell wird hier große politische Bedeutung beigelegt.

Frankreich.

Ein Attentat auf Combes soll, wie der Telegraph aus Paris faßt, dort am Sonnabend verübt worden sein. Als der Ministerpräsident von dem Bankett zu Ehren des Lehrkongresses zurückkehrend, die Präfectur betrat, feuerte, so wird gemeldet, eine wie ein Fischer gekleidete Person zwei Revolverkugeln in der Richtung des Wagens des Ministerpräsidenten ab; Combes wurde nicht verletzt.

Dagegen stellt eine amtliche Darstellung in Abrede, daß ein Attentat auf den Ministerpräsidenten stattgefunden hat. Die Revolverkugeln sind danach nicht auf den Wagen des Ministerpräsidenten gerichtet gewesen. Der Sachverhalt hat sich vielmehr folgendermaßen abgespielt. Es wurde mit einer Tomate nach dem Wagen Combes geworfen, die den auf dem Wege sitzenden Leibjäger traf. Schutleute verfolgten den Thäter, den seine Kameraden zu schützen suchten. Einer der letzteren, Namens Picolo, schoß dabei auf seinem Revolver, etwa hundert Meter vom Wagen des Ministerpräsidenten entfernt. Sowohl Picolo wie derjenige, der die Tomate geworfen hat, sind verhaftet worden. Picolo war angetrunken und leugnet, geschossen zu haben.

England.

Australien und der britische Zollverein. London, 8. August. (Fig. Ver.) Die im Sommer 1902 in London abgehaltene Konferenz der kolonialen Premierminister nahm beinahe eine Resolution an, in der sich die Premierminister der freien britischen Kolonien verpflichteten, ihren Parlamenten die Vorschlagsbehandlung britischer Waren vorzuschlagen. Da aber die australischen Premierminister damals nicht in der Lage waren, definitive Vorschläge zu machen, glaubte man annehmen zu dürfen, daß Australien den Gedanken eines britischen Zollvereins ablehnte. Diese Annahme ist nach den in den letzten Wochen aus Australien eingetroffenen Nachrichten nicht richtig. Sowohl das Bundesministerium des australischen Gemeinwehens wie die Premierminister der Einzelstaaten haben sich im Sinne Chamberlains ausgesprochen. Sogar unter den Freihändlern giebt es Elemente, die für einen britischen Zollverein eintreten, da sie der Ansicht sind, daß die englische Weltmarktstellung bedroht sei, ferner glauben sie, daß der Zollverein nach und nach zum Freihandel innerhalb des ganzen britischen Reiches führen würde. Die Schutzöllner Australiens, d. h. die große Mehrzahl der dortigen Wähler, sind gegen eine Herabsetzung der Zölle. Sie betrachten den

ehigen Tarif als das Minimum und als Vorzugstarif an das britische Reich und wollen die Einfuhr aus andern Ländern mit höheren Zöllen belegen. Dafür verlangt Australien von England eine weitestliche Vorzugsbehandlung australischer Erzeugnisse, wie Wolle, Häute, Talg, Weizen, Fleisch und Vollerzeugnisse. (Sie denken sich also die Zollunion derartig, daß Australien England nur eine nicht weitere Erhöhung des jetzigen australischen Tarifs garantiert, während England zu Gunsten der von Australien nach dem Mutterlande exportierten Nahrungsmittel und Rohstoffe die gleichen oder ähnlichen Ausfuhrprodukte aller andern Länder mit Zöllen belegt. Die englische Industrie und der englische Handel dürften schwerlich auf dieser selbstamen Basis zum Abschluß eines Zollverbundes bereit sein. Die Red.)

Rußland.

Ueber die Auslandsbewegung in Kiew wird in dem Krakauer sozialistischen „Rapazet“ berichtet, daß in den letzten Tagen mehrfach blutige Zusammenstöße zwischen den Streikenden und dem Militär stattgefunden haben. Am Donnerstag besetzten streikende Eisenbahnarbeiter die Gasse vor dem Bahnhof, um den Zugverkehr zu hindern. Der Gouverneur ließ sie durch Infanterie angreifen; die Infanterie feuerte zweimal. Angeblich wurden 40 Personen getötet. Abends plünderten die Streikenden die Lebensmittel-Läden. Der Gouverneur ließ die Truppen abermals feuern, wodurch wieder viele Personen getötet wurden. Am Freitag kam es zu einem dritten Zusammenstoß. Die Ausständigen waren am Flußufer versammelt. Zu ihrer Vertreibung entsandten Kosaken wurden in die Flucht geschlagen. Daraus griff wieder Infanterie ein, die mehrere Salven abgab. Viele Tote und Verwundete fielen ins Wasser.

Aus Odesa wird der „Leipziger Volkszeitung“ telegraphiert: Der Hafen von Odesa, der trotz wiederholter Warnung die ausländischen Schiffsmannschaften durch Matrosen der Kriegsmarine erregte, ist auf offener Straße getötet worden.

Der Prozeß Humbert.

Der Millionenschwindel der Humberts.

Paris, 7. August. (Fig. Ber.)

Auch die großen Gauner genießen das Privilegium, Gegenstand des öffentlichen Interesses zu sein. Das gilt ganz besonders von der „größten Gaunerei des Jahrhunderts“, dem Millionenbetrug der Humberts. Die sociale Stellung der Angeklagten, ihre weit- und hochverzweigten Beziehungen in der politischen Welt, ihre sozusagen geniale Ausnutzung des kapitalistischen Kreditwesens und der juristischen Fiktionen der auf die kapitalistische Gesellschaft zugeschnittenen zivilen Rechtspflege, die 20 Jahre lang fortdauernde Ausübung eines blinden oder sich blind stellenden Richterstandes mit Hilfe angelegener Rechtsanwältinnen und Notare — dies sind die wichtigsten Momente des an den Humbert-Prozeß sich knüpfenden öffentlichen Interesses. Socialpsychologisch kommt dabei in Betracht die erstaunliche Leichtgläubigkeit, mit der geriebene Geldmänner durch den Höder der Wucherzinsen zum Glauben an den fabelhaften Geldkoffer immer und immer wieder, 20 Jahre lang, verlockt wurden, sowie die freilich landläufige Ueberspülung der kleinen Stimpel, die durch die Vorspiegelung schwindelhafter Reibrenten in die Rehe der Humbertschen Leidrenten-Anstalt eingezogen wurden.

Der Ursprung der Gaunerei reicht bis in den Anfang der 80er Jahre zurück. Daß der Schwiegervater der „großen Theresen“, der ehemalige Justizminister Gustave Humbert, durch die Erfindung der Erbschafts-Legende den Grund zur Gaunerei gelegt und durch seine juristischen Kenntnisse die Hauptelemente ihres Erfolges geliefert hat, ist wahrscheinlich, aber nicht sicher festgestellt. Jedenfalls hat sein ministerieller Glorienchein die Anfänge des Schwindels wirksam gefördert. Der Gaunerei-Plan beruhte auf zwei am gleichen Tage ausgelegte und einander widersprechende Testamente eines fabelhaften Onkels Namens Crawford. Das eine Testament setzte Theresen Humbert, geb. Daurignac, zur Universalerbin eines Hundertmillionen-Vermögens ein, während das andre dieses Vermögen zu gleichen Teilen an Maria Daurignac, einer Schwester der Theresen, und an die zwei nichtexistierenden Neffen des nichtexistierenden Erbschafters, die Gebrüder Henri und Robert Crawford vermachte, die beide verpflichtet wurden, der Theresen eine Leibrente von 80 000 Franken monatlich zu zahlen. Der Widerspruch zwischen den zwei Testamenten gab die nötige Handhabe zu einer endlosen Prozeßserie, die durch private Ausgleichs- und Rückgängigmachen derselben wiederholt unterbrochen und in die Länge gezogen wurde. Um aber die wahnsinnigen Zugeständnisse der Crawfords und dann wieder ihre Frontwechsel glaubhaft zu machen, mußte Maria Daurignac die Launenhaftigkeit und spröde Angebetheit eines der Gebrüder spielen. Ein Hauptstreit in der Skandale war die Ernennung der Theresen zur Verwalterin des Hundertmillionen-Stoffes bis zum Ausgang des ganzen Handels. Da sie aber nach wie vor an die Erbschaft nicht rühren durfte, so mußte sie zum Kredit greifen.

Und die Kreditfähigkeit des Stoffes war schier unbegrenzt. Eine sehr unvollständige Zusammenstellung der Humbert-Schulden ergab die Summe von etwa 60 Millionen Franken, worunter nur etwa 15 Millionen an einen Teil der Gläubiger auf Kosten der andern zurückgezahlt wurden. Aber auch Menschenopfer hat die Gaunereifamilie auf dem Gewissen. Die ruinierten Bankiers Girard in Elbeuf (seine Schuldforderung an die Humberts betrug 6 200 000 Franken) und P. Vernald (Schuldforderung 3 Millionen) haben sich das Leben genommen. Rätselhaft ist geblieben die Ermordung des Millionärs Schottmann in Lille (Schuldforderung 7 Millionen), verübt vor sieben Jahren im Eisenbahnen, obgleich gewisse Verdachtsmomente auf Theresens Bruder, Romain Daurignac, fallen.

Ein besonderes Kapitel bildet die unter der Leitung dieses Romain gegründete Leibrenten-Anstalt, welche eine Waise Kleinbürgerlicher und bürgerlicher Existenzen ruiniert hat. Die Bekanntheit für diese Anstalt wurde besonders durch die zahllosen „Kreuz“-Zeitungen („Croix“) der Provinz, die Organ der „Kommunisten“-Wünsche, bezogen. Im „Rekame“-Almanach der Anstalt prangten die Photographien des Pariser Erzbischofs Richard und anderer französischer Bischöfe. Die juristischen Rügen der Gaunereifamilie waren der Notar Lanquet und der Humbertsche Rechtsanwalt, der National-nationalistisch gefärbte ehemalige Pariser Patonmier (Advokaten-Vestler) du Vit, der zugleich als juristischer Beirat der Anstalt glänzte.

Diese parteipolitischen Hintergründe sind von Wert angesichts des Bestrebens der National-nationalistischen Kreise, den Humberts-Schwindel in einen parteipolitischen Schwindel zum Nachteil der Republik umzuliegen. Man erinnert sich noch des Wahlplakats (Mai 1902) der „Vaterlandsliga“, gezeichnet Jules Le maître, worin gleich am Tage nach der Eröffnung des leeren Geldkoffers die Gaunerei gegen die republikanischen Parteien ausgeklappt wurde, die mit den erschwundenen Millionen ihre — Wahllosten gedeckt haben sollten. — Und auch die Theresen scheint in die nationalistische Kreise bauen zu wollen, um den Prozeß auf den politischen Boden hinüberzuspielen.

In Wirklichkeit gehören diese großen Gauner als solche ebensowenig einer politischen Partei an, wie ihre kleinen Kollegen, wenn auch Theresens Mann, Frédéric, in den achtziger Jahren boulangistischer Abgeordneter war. Sie benutzten natürlich zu ihren Zwecken alle ihre gesellschaftlichen Verbindungen. Einer ihrer wichtigsten Helfershelfer war Jacquin, Mitglied des Staatsrates und des Ordensrates der Ehrenlegion, ein unglücklicher Anbeter der „ewigen Braut“, Maria Daurignac. Andererseits ist daran zu erinnern, daß Waldeck-Roussieu zuerst 1897 als Anwalt der Bank Girard gegen die Humberts die Erbschaftslegende als die „größte Gaunerei des Jahrhunderts“ nachzuweisen versucht hat. — Näheres über die gesellschaftlichen Verbindungen der Angeklagten wird der Prozeß bringen. In „kleinen Papieren“ fehlt es nicht. Der „Matin“ veröffentlicht bereits heute ein Bündel Briefe und Papiere des ehemaligen Ministers des Auswärtigen und gegenwärtigen nationalpolitischen Abgeordneten Rougès.

Doch diese Sensationselemente treten zurück hinter dem eingangs angedeuteten Inhalt des Prozeßes und ganz besonders hinter dem Bankrott der Rechtspflege, den die Gaunerei offenbart. Neben den vier Angeklagten wird auf dem Armenfüßerbänken vor allem die Dame Justitia sitzen, die selbst nach dem Waldeck-Roussieuschen Enthüllungen von 1897 die Augen nicht öffnete. Freilich sind es Richter, die über das gerichtliche Panama abzuurteilen haben.

Erster Verhandlungstag.

Zu der ersten Sitzung am Sonnabend hatte sich ein zahlreiches sensationellstes Publikum eingefunden, darunter eine Reihe Damen aus der sogenannten vornehmsten Gesellschaft; unter andern hatten sich eingefunden die Gattin des englischen Votschafters, dann Frau Claretie, Frau Labori, Frau du Gast, Frau Halevy usw. Nachdem Angeklagte und Zeugen die ihnen angewiesenen Plätze eingenommen, eröffnet nach 12 Uhr der Präsident die Verhandlung.

Nach ist die Formalität der Personalienangabe beendet. Frau Humbert weiß Bescheid und macht, ohne die Fragen des Präsidenten abzuwarten, die erforderlichen Mitteilungen, desgleichen die Familienmitglieder. Dann folgt der Zeugenauftrag, der die Anwesenheit von 106 Zeugen ergibt. Verschiedene Geladene haben es vorgezogen, fernzubleiben, so der Polizeipräsident Lépine, die Untersuchungsrichter Leydet und Lemerrier, ferner eine Anzahl Bankiers, die nicht ganz rein in diesem Sumpfe dastehen sollen. Der Präsident läßt die Anklageschrift verlesen, die ca. 30 Seiten umfaßt und von dem Staatsanwalt-Substitut Penbet mit großer Sorgfalt aufgestellt ist. Schon hierbei ereignen sich die ersten Zwischenfälle, denn Frau Humbert unterdrückt mit allen Zeichen äußerster Erregung wiederholt die Verlesung und erklärt den weitans größten Teil der aufgestellten Behauptungen nicht nur für lügenhaft, sondern direkt für falsch. Labori sind diese Zwischenfälle recht unangenehm, wenigstens scheinbar, in Wirklichkeit zwinert er sehr vergnügt zu Frédéric hinüber, während er beruhigend auf seine Klienten einspricht.

Dann (es ist 2 Uhr unterdessen geworden) schreitet Präsident Bonnet

zur Vernehmung der Theresen Humbert.

Der Präsident sucht recht geschickt, langsam und möglichst trocken die Entwicklungsgeschichte des ganzen Schwindels mit Frau Theresen durchzugehen. Leicht ist dies nicht, denn jene ergeht sich in den thörichtesten Fragen und selbst Emile Daurignac mißt sich hinein, wird aber von seiner Schwester sehr energisch zur Ruhe gezwungen. Der Präsident hält ihr alle die kleinen und großen Fälschungen vor, die sie schon als Mädchen begangen hat: Vorspiegelungen einer Erbschaft von einer alten Jungfer, die niemals, wie auch das angeblich ererbte Schloß Harcotte, existiert hat. Sie sagt, das Schloß existiere ebenso wie die Crawfords. Frau Humbert sagt von sich und ihrer Familie, daß sie die ehrlichsten Leute von der Welt wären, die niemals gefälscht und betrogen haben. Frankreich könne stolz auf sie sein, ein Behauptung, die unter den Richtern wie im Jubelraum schallende Heiterkeit hervorruft. Auch die Millionen existieren, behauptet sie; wo sie sind, will sie jedoch erst sagen, wenn ihr der Augenblick dazu geeignet erscheint. Als der Präsident dann näher auf die Anfänge der Crawfordschen Erbschaft eingehen will, ist ihr dies sichtlich peinlich und unangenehm. Nach wird sie „unwohl“, doch der Gerichtsarzt Joquet ist alsbald zur Stelle und hält ihr das Reichfläschchen unter die Nase. Und zu aller Freude kann das Verhör weiter gehen. Vorher tritt jedoch eine kurze Pause ein, während der Labori eifrig auf seine Klientin eintredet und ihr augenscheinlich seine Unzufriedenheit ausdrückt. Und richtig versucht Frau Theresen alsbald ihre Taktil zu ändern. Doch kann sie sich noch nicht in die veränderte Situation zurechtfinden und verfällt immer wieder in ihren alten Ton. Sie versichert, daß sie stark und kräftig genug sei, um bis zum Ende zu kämpfen. Dann ergeht sie sich in

bestigten Angriffen gegen Vallé,

den jetzigen Justizminister, den sie beschuldigt, in Gemeinschaft mit dem Wucherer Cattani allein an ihrem und ihrer Familie Unglück schuldig zu sein. Auch Waldeck-Roussieu kann sie anscheinend nicht ohne offene Stellungnahme gegen sie im Jahre 1897 vergessen. Am Montag, so verspricht sie feierlich, wird sie dessen und der jetzigen Regierung Beschlüsse zur allgemeinen Kenntnis bringen, die angeordnet wurden, um sie zur Flucht zu bewegen. Was der Präsident mit einem vergnügten Lächeln und dem mehr als ironischen Ausruf: „Oh mon dieu!“ dankend quittiert. Von den sonstigen „Ausagen“ der Mme. Humbert — wenn man die Ausrufe überhaupt Ansagen nennen darf — ist nur wenig interessant. Höchstens daß sie erklärt, ihr Haushalt habe 100 000 Fr. jährlich gekostet, während der Präsident das Vierfache feststellt. Interessanter noch ist die Feststellung des Präsidenten, daß die Humberts

bereits 1893 fliehen wollten,

als die ersten Angriffe in der „Libre Parole“ erschienen, und daß Frau Humbert schon damals für mehr als 2 Millionen Franken Brillanten in London verkaufte, um die nötigen Mittel für die Flucht zu haben. Natürlich wird auch dies energisch bestritten, da sie „ihre Vaterland viel zu sehr liebe, um es dauernd zu verlassen“. Nach fragt der Präsident sie zum Abschluß dieser ersten Vernehmung nach den verschwundenen mystischen Millionen, nach dem Aufenthalt der Crawfords und deren Adresse. Frau Humbert sieht ihn lächelnd an und sagt: „Suchen Sie doch, wenn Sie es wissen wollen. Von mir wird kein Mensch erfahren, was ich nicht sagen will. Außer wenn ich die Zeit dafür gekommen halte.“

Der Präsident wendet sich zu

Frédéric Humbert,

und nun gab es die eigentliche Ueberraschung des Tages. Man hielt Frédéric früher mehr oder weniger stets nur für den Mann seiner Frau. Heute hat er gezeigt, daß er doch weit mehr ist, und daß er nur aus Opportunitätsgründen die Rolle eines von seiner Frau durchaus geleiteten und geführten Charakters gespielt hat. Er macht seine Angaben präzise, und mit ungläublicher Geschicklichkeit weiß er alle Klippen, die ihm nicht genehm sind, zu umgehen. Zunächst sagt er wohl, daß seine Frau über dies oder jenes allein Auskunft geben könne. Dann aber geht er aus sich heraus und bald hat Präsident Bonnet genug aufzufassen, um sich keine Blöße zu geben. Wirst ihm Frédéric, als die Rede auf seinen Vater kommt, doch mit einer gewissen Festigkeit und Schroffheit zu, daß Bonnet jenem doch keine ganze Karriere verbante und deshalb dessen Andenken in Ehren halten solle. Und als der Präsident ihn unterbrechen will, da schlägt der sonst so ruhige Frédéric mit der Faust auf den Tisch und ruft dem Präsidenten zu: „Sie werden Vallé doch nicht retten, trotz aller ihrer Bemühungen, mich an Reden zu hindern.“ Daraus große Aufregung nicht nur unter den Geiststörren und unter dem Publikum, sondern auch am Richterisch. Unruhig rückt der Präsident auf seinem Sessel hin und her. Nach zieht er deshalb seinen Chronometer — schon über 5 Uhr ist's und hurtig, ehe es zu neuen peinlichen Zwischenfällen kommt, erklärt er die Sitzung für aufgehoben.

Das Publikum drängt sich hinaus auf die Korridore, wo Nationalgardisten emsig zum Weiterschreiten auffordern. Man spricht über die Verhandlung. Kein Mensch ist sich jedoch darüber klar, welchen Verteidigungsweg Frau Theresen einschlagen will. Man behauptet sogar, selbst Labori wisse dies nicht. Das heutige Auftreten der Frau Theresen war für jeden ein Rätsel, und sie hatte auch wohl den ausgesprochenen Zweck, Rätsel aufzugeben.

Paris, 10. August. (B. Z. B.) Unter gleich starkem Andrang des Publikums wie am Sonnabend wird die Sitzung gegen Mittag eröffnet. Der Präsident nimmt das Verhör Frédéric Humberts wieder auf. Frédéric Humbert bleibt bei der Behauptung, er habe sich niemals mit geschäftlichen Angelegenheiten befaßt. Frédéric Humbert wird sodann über die Angelegenheit der Rente Biagore vernommen. Er giebt aber nur ausweichende Antworten und erklärt, nichts zu wissen.

Nach Beendigung des Verhörs von Frédéric Humbert findet die Vernehmung Romain Daurignac statt.

Theresen Humbert behauptet die Existenz der Crawfords und des Millionenbetrugs. Aber Crawford sei nicht der wirkliche Name. Wenn sie nicht zum Verhör erscheinen würden, werde sie selbst sprechen, jedoch erst am Schluß des Prozeßes. (Unruhe.)

Es beginnt sodann die Zeugenvernehmung.

Die ersten Zeugen, die vernommen werden, berichten von Geldsummen, welche die Humberts während ihres Aufenthalts in Toulouse geliehen haben. Der Advokat Camp aus Narbonne sagt aus, die Humberts hätten auf Rentenleihen in beträchtlicher Höhe Anleihen aufgenommen. Die Renten seien später als gefälscht erlangt worden. Theresen Humbert widerspricht dem. Die Renten seien nicht von ihr, sondern von dem Advokaten Amignès beschafft worden. Amignès ist inzwischen wegen Fälschungen verurteilt worden. Theresen Humbert verlangt seine Vernehmung.

Der ehemalige Advokat Rymé berichtet über das gerichtliche Verfahren gegen die Crawfords. — Hierauf wird die Sitzung aufgehoben.

Partei-Nachrichten.

Zur Tagesordnung des Parteitag.

Wir hatten in Nr. 173 des „Vorwärts“ den Vorschlag begründet, die Reichstagswahlen als geforderten Abschluß auf die Tagesordnung des Dresdener Parteitag zu setzen und ein ähnlicher Wunsch war in verschiedenen Parteiblättern ausgesprochen worden. Eine Zuschrift, die wir in Nr. 181 wiedergaben, wendete sich dagegen und verteidigte die provisorische Tagesordnung, die der Parteivorstand aufgestellt hat.

Diese Zuschrift sagte zunächst, daß es sich doch nur um die provisorische Tagesordnung handle und daß es dem Parteitag vorbehalten bleibe, Einsetzung neuer Punkte vorzunehmen. Der Verfasser der Zuschrift sollte aber nicht übersehen, daß die Aufstellung einer „provisorischen“ Tagesordnung an ihre Urheber immerhin den Anspruch stellt, daß sie, wie das Wort andeutet, v o r a u s s e h e n, was nötig ist. Die nicht ganz unbefangene Thatsache, daß der Parteitag die endgültige Regelung der Tagesordnung vornimmt, hindert nicht, daß die provisorische Tagesordnung die voraussetzlichen Wünsche des Parteitag richtig trifft. Und es ist dies um so erforderlicher, weil nach alter Erfahrung das Einlegen neuer Punkte auf dem Parteitag selbst häufig Mißlichkeiten hervorruft, indem es dann an der genügenden Vorbereitung der betreffenden Angelegenheit fehlt. Ohne Zweifel hat der Parteitag auch schon manchmal von der Aufstellung neuer Tagesordnungspunkte nur wegen mangelhafter Vorbereitung, insbesondere wegen Nichtbestellung eines Referenten abgesehen. Unser Vorschlag sollte diesem Uebelstand für den vorliegenden Fall vorbeugen.

Die Zuschrift verweist weiter auf den Gang der Verhandlungen auf den Parteitag von 1898 und 1899, auf denen auch die Reichstags-Wahlergebnisse beim Geschäftsbericht des Parteivorstandes diskutiert worden sind. Aber gerade der Verlauf der Diskussion auf jenen Parteitagen bekräftigt unseren Vorschlag. Die Debatte, wie sie sich 1898 über den Geschäftsbericht des Parteivorstandes abrollte, erscheint keineswegs sehr vorbildlich. Der Berichterstatter Auer sprach über Partei-Organisation, Flugschriftenliteratur, Ausgaben für die Presse, Jugendliteratur, Gründung eines Central-Wochenblattes. In die folgende Diskussion wurden nicht weniger als 36 Anträge, die sich auf die Presse bezogen, und 10, die Taktik und Agitation betrafen, eingebracht. Die Debatte konnte daher keinen einheitlichen Charakter gewinnen, eine Frage wurde von einem Redner aufgeworfen, während die nächsten Redner ganz andre Angelegenheiten auf dem Herzen hatten. Ueber die Reichstagswahlen jenes Jahres ist denn auch sehr wenig gesagt worden, vielmehr traten andre Fragen in den Vordergrund. Im Jahre 1899 aber wurde die Diskussion über die Reichstagswahlen mit Fragen der Parteitaktik verquirt; auch diese Debatte mußte leiden, indem bald ein Redner sich über „Endziel und Wegwegung“ verbreitete, ein anderer irgend eine Angelegenheit aus der Wahlkampagne behandelte. Die Reichstagswahlen selbst kamen auch damals zu kurz.

Es ist zu befürchten, daß es in Dresden ähnlich ergeht. Der Geschäftsbericht des Parteivorstandes wird das ganze Gebiet der Parteithätigkeit behandeln und eine Menge von Einzelangelegenheiten streifen, die Reichstagswahlen verlieren sich zwischen mangelhaftem andern Stoff. Unser Vorschlag wünscht zu verhindern, daß dasselbe auch auf diesem Parteitag geschehe. Es ist unmöglich, die Ergebnisse der Wahlen und die Aufgaben, die aus ihnen sich ergeben, gebührend zu würdigen, wenn dabei die gesamte Parteithätigkeit des vergangenen Jahres, alle irgendwie aufgetauchten Angelegenheiten behandelt werden sollen. Der Vorstandsbericht wird beispielsweise über die Mitarbeit an nicht-fordemokratischen Wählern zu sprechen haben; die Diskussion hierüber allein müßte die Behandlung der Wahlen schwer beeinträchtigen.

Es genügt aber unseres Erachtens nicht abzuwarten, ob der Parteitag die provisorische Tagesordnung in der Richtung dieses Vorschlages ändern will. Dann ist es zu spät. Denn um die Reichstagswahlen eindringlich zu behandeln, bedarf es eines besondern, gut vorbereiteten Referats. Ein paar Allgemeintheorien über die Reichstagswahl lassen sich leicht sagen, aber was wir wünschen und für nötig halten, das ist ein ganzer Rechenschaftsbericht über diese großen Wahlen. Es ist nötig, die Wahlstatistik gründlich durchzugehen, das Maß des Fortschreitens der Partei in den verschiedenen Landesteilen und innerhalb der verschiedenen Bevölkerungselemente festzustellen, weiter die Ursachen zu prüfen, warum unser Fortschritt in gewissen Bezirken und gegenüber gewissen Parteien verhältnismäßig weniger groß war; daraus folgt ein eingehender Bericht über die Aufgaben, die aus alledem für unsere weitere organisatorische und agitatorische Arbeit erwachsen. Trotz der gewaltigen Erfolge unserer Partei will die Partei weiter kommen in die Breite der Massen und in der Festigung der Anhänger. Eine solche abschließende Uebersicht über die Wahlen und eine Aufstellung von Gesichtspunkten, unter denen sich die Weiterarbeit systematisch zu vollziehen hat, würde der Partei recht nützlich sein, während eine Debatte, die alles Mögliche bunt durcheinanderwirbelt, einen rechten Ertrag nicht bringen kann.

Großherzogtum Sachsen. Die drei weimarischen Wahlkreise, die seit dem 1. Juli d. J. zu einem eigenen Agitationsbezirk zusammengetreten sind, halten Sonntag, den 30. August, ihre Landeskonferenz in Weimar ab. Außer der Beratung des Organisationsstatuts stehen die im Oktober stattfindenden Landtags- sowie die Bezirksauswahl-Wahlen mit auf der Tagesordnung.

Die Konferenz des dritten weimarischen Wahlkreises fand am 9. August in Jena statt. Vertreten waren 22 Orte mit 34 Delegierten. Die Reichstagswahl verurteilte eine Ausgabe von circa 5800 M., der Kreis hat bis auf ein geringes Defizit seine Mittel selbst aufgebracht. Beschlossen wurde, wieder einen Agitationskalender herauszugeben. Zum Parteitag in Dresden wurde Genosse Leutert delegiert. Die Leitung des Kreises hat auch im kommenden Geschäftsjahr in Jena ihren Sitz.

Aus Industrie und Handel.

Der Fall Bauer dürfte die Öffentlichkeit noch in mehr als einer Hinsicht beschäftigen. Das Syndikat zur Einföhrung der Kiffonlicht-Patente (Petroleum-Glählicht) im Deutschen Reich hatte einen Vertrag mit Nitron gemacht, wonach Nitron dem Syndikat seine Patente für 250 000 M. verkaufte. Die eine Hälfte der Kaufsumme sollte in bar, die andre in vollbezahlten Aktien der zu gründenden Aktiengesellschaft bezahlt werden. Die bar zu zahlenden 140 000 M. sollten in Ratenzahlungen von 6000 M. am 1. jedes Vierteljahres an Nitron abgeführt werden. Erst wenn die 140 000 M. bar bezahlt wären, sollten die Patente in das Eigentum des Syndikates übergehen; bis dahin war dem Syndikat verboten, Kiffonlicht-Lampen zu fabrizieren. Es sollte nur das Recht haben, mit Kiffonlicht-Lampen, die von Nitron fabriziert werden, zu handeln. Das

Syndikat bezog für 9000 M. Lampen von Nison. Diese Summe ist natürlich auch verloren.

Das Syndikat bezog nur 20 000 M. Bargeld. Als Bauer in die Gesellschaft als Geschäftsführer eintrat, war seine erste Handlung, diese Summe auf dem Papier auf 40 000 M. zu erhöhen. Um bares Geld zu beschaffen, ging Bauer aber noch weiter. Er verkaufte an einen Herrn Deuschmann in Hamburg die Nison-Patente für Ostreich-Ungarn und erhielt 10 000 M. in guten Wechseln. Für Ostreich-Ungarn bezog Bauer aber keinerlei Rechte auf die Patente. Sobald die Staatsanwaltschaft von diesem Schwindel Kenntnis erhielt, erfolgte die Verhaftung.

Die Aktiengesellschaft, deren nominelles Aktienkapital eine Million Mark sein sollte, bezog nur 12 000 M. Bargeld. Das Syndikat verkaufte die Patente, die es, wie oben erwähnt, um 280 000 M. kaufen sollte, an die Aktiengesellschaft für 890 000 M. Daß die Leute des Syndikates die Gründer der Aktiengesellschaft waren, versteht sich von selbst. Bei der Umwandlung schrieben sich die sieben Gründer 230 000 M. gut. Einer der sieben Gründer ist, wie wir hören, der Korrespondent des „Berliner Lokal-Anzeigers“ und der „Magdeburgerischen Zeitung“, der Schriftsteller Schramm-Madonald. Ihm wurden fast 15 000 M. gutgeschrieben, ohne daß er irgendwie zu Vorkosten verpflichtet ist.

Bauer, der erst vor kurzem den Offenbarungseid geleistet hatte, war auch tüchtiger Hausverwalter. Er kaufte den Säpflergarten in Blasenitz, zwei Häuser in der Porsbergstraße, ein Haus in Leuben und ein Haus in der verlängerten Ludwig Richterstraße. Der Kaufpreis in der verlängerten Ludwig Richterstraße betrug 160 000 bis 200 000 M. Bauer zahlte 15 Nison-Aktien an. Auch die Handwerker und sonstigen Lieferanten sollten mit Nison-Aktien bezahlt werden. Die Vermittlung geschah durch einen Kaufmann E. Fuchs. Letzterer gab an, daß die Aktien auf 120 ständen. In diesen Tagen suchte Bauer einflussreiche Kapitalisten zu der Gründung eines Blattes zu bewegen, das zum Sprachrohr für Herrn Rehnert werden sollte. Sachsen sollte um ein agrarisches Tagesblatt nach Art des „Vaterlandes“, das nur einmal in der Woche erscheint, bereichert werden.

Deutsches Gas- und Siederöhren-Syndikat. Nachdem das bisherige Syndikat, wie die „Post, Ztg.“ mitteilt, bis zum 30. September d. J. verlängert worden ist, hofft man in beteiligten Kreisen, bis zu diesem Termin zu einer definitiven Einigung zu gelangen. Diefelbe dürfte, wie das genannte Blatt weiter erzählt, durch die Beziehung des Exportes in die Abmachungen erleichtert werden. Dabei soll für diejenigen Werke, die größere Ansprüche gestellt haben, das Exportquantum bei der Gesamtbeziehung in Anrechnung gebracht werden, da eine höhere Belegungszeit für das Ausland nicht durchführbar erscheint. Da die Verlängerung des Syndikats zu Unterhandlungen benutzt wird, können die Nachrichten von einem besonderen Zusammenstoß der vier schlesischen Werke Guldinshy, Widmarhütte, Halbshütte und Laurahütte erst dann an Bedeutung gewinnen, wenn nach dem 30. September das bisherige Syndikat nicht weiter besteht. Die Sachlage ist augenblicklich die, daß die schlesischen Werke sich für ihren engeren Bezirk wohl verständigen können, um die ihnen nach etwaigem Zusammenbruch des Syndikats drohende weitliche Konkurrenz abzuwehren.

Von festen Verabredungen dieser Art soll aber noch keine Rede sein, da gerade die schlesischen Werke sich für das weitere Bestehen des Syndikats sehr interessiert zeigen; vorausgesetzt, daß die Gleichberechtigung aller Interessengruppen weiter bestehen bleibt.

Erhöhung der Garapreise. Eine in Münster abgehaltene Versammlung der Flachspinner des westlichen Deutschlands beschloß, die Garapreise durchschnittlich um 50 Pf. pro Saal zu erhöhen.

Vom Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikat. Die Rhein-Westfälische Zeitung meldet vom Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikat: Es betrug im Monat Juni 1906 die Belegschaft 3 764 918 Tonnen gegen 4 998 167 Tonnen im Vormonat und gegen 5 416 789 Tonnen im gleichen Monat des Vorjahres oder arbeitsfähig 2 135 515 Tonnen (1912 060 Tonnen respektive 200 022 Tonnen), die Förderung 4 814 721 Tonnen (4 149 079 Tonnen resp. 4 151 142 Tonnen oder arbeitsfähig 1 783 233 Tonnen (179 557 Tonnen resp. 163 748 Tonnen). Die Förderung ist somit gegen die Belegschaft um 16,48 Proz. (16,74 Proz. respektive 23,87 Proz.) zurückgeblieben.

Die Krisis auf dem Baumwollmarkt hat ihre akute Form wohl etwas verloren, von einer Ueberwindung der Krisis überhaupt kann aber keine Rede sein, am wenigsten in Amerika. So wird eben wieder aus dem großen Textilzentrum Fall River (Massachusetts) berichtet, daß in Wolf Baumwoll-Spinnereien, die ungefähr 750 000 Spindeln im Gebrauch haben, am gestrigen Montag geschlossen worden sind und voraussichtlich vor Vollendung der neuen Ernte, die in ungefähr 6 Wochen stattfindet, nicht wieder geöffnet werden. Nach dem Wochenbericht des „R. W. Cotton“ lauten die Nachrichten über die bevorstehende Baumwoll-Ernte übrigens allgemein befriedigend. Regen ist ziemlich überall gefallen und allgemein sehr vorteilhaft gewesen. Die Temperatur war der Ernte günstig. Einige Berichte deuten an, die Ernte werde abauernd besser und überwinde die anfangs der Saison erlittene Verspätung.

Vom amerikanischen Eisenmarkt. Wie der „Frankf. Ztg.“ aus New York gemeldet wird, hat der Stahlwerk auf mehreren Werken den Betrieb eingestellt, angeblich wegen Reparaturen. An eine Schließung wegen Reparaturen wird kaum jemand ernsthaft glauben. Wahrscheinlich ist die Meldung der Schließung, so läßt sie aus neue erkennen, wie rapide sich die Lage des amerikanischen Eisenmarkts verschlechtert hat, da jetzt die Produktion sogar durch Schließung gewichtiger Werke eingeschränkt wird, während sie noch im Frühjahr trotz riesenhaften Umfangs nicht in der Lage war, die Nachfrage zu befriedigen, so daß bekanntlich große Mengen Eisen aus Europa importiert wurden.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Bilderrahmenmacher, Vergolder! Sämtliche Rahmenmacher der Firma Johannis, hier, Watzstr. 12, haben die Arbeit niedergelegt, weil sie Streikarbeit für Grosz in Leipzig anfertigen sollten. Verhandlungen, von Seiten des Manns angebahnt, hatten keinen Erfolg, da dieselben durch den Inhaber der Firma kurzerhand abgebrochen wurden. Kein Kollege lasse sich durch Beeinträchtigungen behörden. Die Vergolder mögen ebenfalls auf der Hut sein, denn am Sonnabend früh langte aus Leipzig ein Wagen grundierter Leisten am Anhalter Bahnhof an. Durch Führer der Firma Johannis wurden die Leisten wie folgt abgeföhrt: Weinstock in Weissenhof 10 000 Meter, Loose, Gölziger Ufer 24, erhielt etwas mehr, in der Landwehrstraße ebensoviel und bei Johannis selbst ca. 40 000 Meter. Als Vermittler war hierbei ein Herr Leo Leichter aus Leipzig zugegen. Kein Vergolder lasse sich täuschen, es handelt sich um die in Berlin bekannte Nr. 403. Ebenfalls ist der Streik in Leipzig noch nicht beendet. Für Rahmenmacher ist die Firma Johannis geipert.

Der Obmann der Rahmenmacher.

Der Streik in der Jutesabrik zu Stralau, lautete das Thema, zu welchem Frau Jhrer am Sonntagmorgen in Schnerters großem Saal sprach. Derselbe war dicht von Streikenden gefüllt. Die Ursachen des Streiks sind kurz folgende: Schon seit Jahren werden die Arbeiterinnen, welche in einer Anzahl von über tausend in der Fabrik beschäftigt sind, in ihrem Lohn gedrückt. So wurden jetzt wieder den Spinnerinnen Abzüge gemacht bis zu drei Mark und vier Pfennig. Infolge dessen wurden die Arbeiterinnen vorstellig. Die Direktion erklärte, sie würde die Arbeiterinnen in nächster Woche entschädigen; aber trotz dieses Versprechens wurden den Arbeiterinnen am kommenden Sonnabend noch weitere Abzüge gemacht. Die Arbeiterinnen, 280 an der Zahl, erklärten sich mit den Spinnerinnen solidarisch und verhielten sich mit der Direktion zu verhandeln. Jedoch ließ sich die Direktion auf weitere Verhandlungen nicht ein. Sämtliche Spinnerinnen legten infolgedessen die Arbeit nieder. Am Mittwoch wollte ein Teil der Ausständigen wieder anfangen zu

arbeiten. Die Direktion mehrte aber neun Arbeiterinnen. Sämtliche in Arbeit Getretenen verlangten nun Wiedereinstellung der Gemahregelten. Da diese verweigert wurde, verließen sämtliche Arbeiterinnen die Fabrik. Diefelbe ist nun vollständig geschlossen. In der Versammlung wurde eine Kommission von sieben Personen gewählt, welche am Montag bei der Direktion vorstellig werden und folgende Forderungen stellen sollte: 1. Einstellung der Entlassenen; 2. Festsetzung eines Stundenlohnes für die Spinnerinnen von 30—25 Pf. pro Stunde, desgleichen für Spulerinnen und Kreuzspulerinnen; 3. Festsetzung der Strafgebel für Zuspätkommen in der Fabrikordnung; 4. Erhöhung der Löhne für jugendliche Arbeiterinnen. Sämtliche Arbeiterinnen (mit Ausnahme einzelner) sind leider nicht organisiert, obgleich von Seiten des Verbandes schon verschiedene Male Versuche zur Organisation gemacht sind. Frau Jhrer, Fräulein Altmann und Kollege Berger führten den Streikenden die Notwendigkeit der Organisation vor Augen. Der Geist der Streikenden ist vorzüglich.

Deutsches Reich.

Wann ist ein Gewerkschaftsartikell ein Verein?

Die Vorstandsmitglieder des Kottbuser Gewerkschaftsartikells (Leuthold, Werner und Gurl) waren wegen Uebertretung des § 2 des Vereinsgesetzes vom Landgericht Kottbus zu Geldstrafen verurteilt worden, weil sie es unterlassen hatten, der Ortspolizeibehörde binnen drei Tagen die Veränderungen im Mitgliedsbestande anzumelden. Das Landgericht erachtete das Kartell für einen Verein, der auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken bezwecke; darauf, daß dieses Kartell nur aus Delegierten von Gewerkschaftsvereinen bestehe, legte es keinen Wert, und führte hierzu aus: Das Gericht könne sich nicht anschließen der Auffassung des Kammergerichts und Ober-Verwaltungsgerichts, daß eine Vereinigung von Delegierten aus den einzelnen Gewerkschaften kein „Verein“ sei, weil nicht die Personen der Delegierten, sondern die Gewerkschaften das Kartell bildeten und „Vereine“ nur aus physischen Personen bestehen könnten. Unter einem Verein sei jede dauernde Vereinigung mehrerer zur Verfolgung bestimmter gemeinschaftlicher Zwecke zu verstehen. — Mit wunderbarer Verkennung der Thatfachen bringt dann das Landgericht die sozialdemokratische Partei in Zusammenhang mit dem Gewerkschaftsartikell und meint: Diese Partei glaube einen besseren Erfolg zu erzielen, wenn die ihr angehörenden Vereine nicht getrennt operierten, sondern Delegierte der einzelnen Vereine mit einander in einem besonderen Verein in direkte Verbindung träten. Das sogenannte Gewerkschaftsartikell fasse Beschlüsse, welche für die einzelnen Gewerkschaften bindend oder verbindlich seien. Die zur Bildung eines „Vereins“ begriffswweise erforderliche freie Entscheidung werde durch den Umstand, daß die Vereinigung durch die Tätigkeit anderer Personen, z. B. durch eine von Gewählten angenommene Wahl zu Stande gekommen sei, nicht ausgeschlossen. Ebenso sei es gleichgültig, wenn die Delegierten bei ihrer Tätigkeit im Kartell auf die Wünsche ihrer Gewerkschaften Rücksicht nähmen. Lediglich als Beauftragte ihrer Gewerkschaften erschienen die Delegierten nicht. Von einem gebundenen Mandat sei nirgends die Rede. Im Gegenteil, die eigentliche Leitung hätten die Delegierten. Diese hätten für die Durchführung der Kartellbeschlüsse in ihren Gewerkschaften zu sorgen. Sie wählten sich ihren Vorstand und hielten Sitzungen ab und übten auch nach § 4 des Kartellstatuts ein Disziplinarrecht aus. Nach allem handle es sich hier um einen Verein, und zwar um einen solchen im Sinne des § 2 des Vereinsgesetzes.

Die vom Vorsitzenden Leuthold eingelegte Revision wurde vom Rechtsanwält Wolfgang Heine vor dem Kammergericht gerechtfertigt. Rechtsanwält Heine verwies auf die vom Landgericht kritisierten Entscheidungen des Kammergerichts und Ober-Verwaltungsgerichts und führte im einzelnen aus, daß die Delegierten hier lediglich Vertreter ihrer Gewerkschaften seien und ein persönliches Band zwischen ihnen nicht bestehe, also von einer Vereinigung physischer Personen nicht die Rede sein könne und somit auch nicht von einem „Verein“ im öffentlich rechtlichen Sinne.

Der Oberstaatsanwalt führte namentlich den § 4 des Kartellstatuts ins Feld. Danach seien Delegierte, die die Kartellstatuten dreimal hintereinander unentschuldig veräumen, vom Kartellvorstand aus dem Kartell auszuschließen. Ihnen siehe dann die Berufung an die Kartellversammlung zu. Die Delegierten hätten also auch zu einander Beziehungen, bildeten also als physische Personen einen Verein.

Rechtsanwält Heine trat dieser Auffassung entgegen und hob noch hervor, daß bei Ausschluß eines Delegierten die Neuwahl eines anderen ja wieder von der Gewerkschaft vorzunehmen sei, der er angehöre.

Die Revision des Angeklagten Leuthold wurde jedoch vom Kammergericht unter dem Vorbehalt des Präsidenten Lindenberg verworfen. Der Präsident führte begründend aus:

Das Kammergericht bleibe bei seiner Ansicht, daß ein „Verein“ immer eine Zusammengehörigkeit physischer Personen voraussetze. Eine solche sei aber hier vorhanden, geschaffen durch § 4 des Statuts, wonach sammeltige Delegierte vom Kartellvorstand ausgeschlossen werden könnten. Das wäre unmöglich, wenn die Gewerkschaften selber das Kartell bildeten. Dann würde entweder im fraglichen Fall die Gewerkschaft ausgeschlossen werden müssen oder der Delegierte könnte nicht ausgeschlossen werden. Die Vornahme der Ergänzungen durch die Gewerkschaft sei gegenüber jener Bestimmung des Statuts unerheblich. Nach § 4 habe weiter der ausgeschlossene Delegierte das Recht der Berufung an die Kartellversammlung, also das Recht, sich für seine Person an die Delegierten, nicht etwa an die im Kartell vertretenen Gewerkschaften zu wenden. Somit ergebe sich aus § 4 ein rechtliches Band zwischen den Persönlichkeiten der Delegierten, es liege eine Verbindung physischer Personen, mithin ein Verein vor.

Es wird nun Sache der Gewerkschaftskommissionen und Kartelle sein, ihre Statuten auf alle Bestimmungen hin zu prüfen, die nach dieser Richtung hin angreifbar sind.

Die Ausperrung der Dachbeder dauert in Hannover im Gegenlag zu der der Maurer und Zimmerleute noch wie vor fort. Die Meister wollen mit den Arbeitern keinen Vertrag schließen.

Zum Tischlerstreik in Cassel versendet die dortige Streikleitung folgende Mitteilung:

Durch eine Anzahl längerlicher Blätter geht die Nachricht, daß der Streik der Casseler Tischler beigelegt ist und am Montag, den 10. August, die Arbeit wieder aufgenommen werde. Dem gegenüber erklären wir, daß der Streik noch unverändert weiter besteht. Die Einigungsverhandlungen vor dem Gewerbegericht am Donnerstag, den 6. d. M., haben sich, da die Arbeitgeber zu winzigen Angeboten machten, zerschlagen.

Ausland.

Der Streik der Holzträger vom Amsterdamer Hafen, der als der letzte Ausbruch des holländischen Generalstreiks anzusehen ist, wurde, nachdem er drei Monate gedauert hatte, am Freitag von den Streikenden für beendet erklärt. Die Abstimmung ergab zwar zuerst eine Mehrheit für Fortsetzung des Streiks, als dann aber die Leitung die Verantwortung hierfür ablehnte, entschloß man sich zur Aufhebung. Zweck des Streiks war die Abwehr der man sich zur Aufhebung. Zweck des Streiks war die Abwehr der man sich zur Aufhebung. Zweck des Streiks war die Abwehr der man sich zur Aufhebung.

Der Allgemeine niederländische Diamantarbeiter-Verband besuchte sich am Freitag in einer von 4000 Mitgliedern besuchten Verbandsversammlung mit der Klündigung des Uebereinkommens vom 1. April 1902 durch die Inweilers-Bereitigung. Da man jedoch über die Absichten der Unternehmer noch nichts Bestimmtes wußte, wurde von einem Beschluß abgesehen. — Die Unterfertigung der Opfer des Generalstreiks zur Abwehr der Zwangs-gesetze bildete den zweiten Punkt. Der Vorsitzende Wolat berichtete hierzu, daß bis jetzt nur ca. 47 000 Gulden für diesen Zweck aufgebracht wurden, davon nahezu 17 000 Gulden durch die niederländische sozialdemokratische Partei; von der deutschen social-

demokratischen Partei wurden 6000 Gulden dazu beigetragen, von den Antwerpener Diamantarbeitern 3500 fr., so daß die niederländischen Gewerkschaften nur etwa 20 000 Gulden zu der Summe beigetragen haben. Ein Teil dieser Gewerkschaften, deren Vertreter seiner Zeit im „Abwehrkomitee“ für den Generalstreik stimmten, zeigen sich jetzt bei der Unterfertigung der Opfer sehr flau. Die Diamantarbeiter aber haben in dieser Hinsicht ihre Pflicht getan. — Die Versammlung beschloß, nochmals Sammellisten für die Gemahregelten des Generalstreiks auszugeben.

Sociales.

Die Beitragspflicht zur gesetzlichen Kranken- und Invalidenversicherung beim Fehlen von Barlohn. Für Stellner und andre Angestellte, die außer Naturalbegehren und Trinkgeldern aus dem Arbeitsverhältnis kein Einkommen haben, ist folgender Rechtsfall von großer Bedeutung. Die Stellner H. und A. hatten bei dem Restaurateur Kabitzsch nur Kost erhalten und waren im übrigen ausschließlich auf Trinkgelber angewiesen. Der Arbeitgeber ließ sich von ihnen die nach dem Gesetz auf die Versicherten entfallenden Anteile der Versicherungsbeiträge ersiatten. Das thaten sie auch, verlangten dann aber die Rückerstattung, indem sie sich auf den Wortlaut des Gesetzes beriefen. So bestimmt das Krankenversicherungs-Gesetz: „Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Beiträge und Eintrittsgelder, welche für die von ihnen beschäftigten Personen zur Gemeinde-Krankenversicherung oder zu einer Orts-Krankenkasse zu entrichten sind, einzuzahlen.“ Und an anderer Stelle (§ 53): „Die Versicherten sind verpflichtet, die Eintrittsgelder und Beiträge, letztere nach Abzug des aus dem Arbeitgeber entfallenden Drittels, bei den Lohnzahlungen sich einbehalten zu lassen. Die Arbeitgeber dürfen nur auf diesem Wege den auf die Versicherten entfallenden Beitrag wieder einziehen.“ Eine in der Hauptsache gleiche Bestimmung findet sich im Invalidenversicherungs-Gesetz. — Hiernach könnte, meinen H. und A., welche bei der Kammer VI des Berliner Gewerbegerichts klagten, ihnen die gewöhnlich auf die Versicherten entfallenden Beitragsanteile überhaupt nicht angerechnet werden, da sie keinen Barlohn erhalten hätten. Es habe eine „Lohnzahlung“ gar nicht stattgefunden, das Gesetz gestatte aber nach den citierten Bestimmungen den Arbeitgebern ein „Wiedereinziehen“ der auf die Versicherten entfallenden Beträge ausdrücklich nur „bei den Lohnzahlungen“. — Gewerberichter Dr. Reumann stellte fest, daß die Kläger im Recht seien. Auswärtige Gewerbegerichte hätten bereits in ihrem Sinne entschieden. In solchen Fällen, wo ein Barlohn nicht gezahlt werde, hätten die Arbeitgeber die Beiträge allein zu leisten. § 53 regelte die Materie erschöpfend. — Auf diese Belehrung hin glaubte der Vertreter des Beklagten den Chef zu einem außergerichtlichen Vergleich in Höhe des Klagenbetrags bewegen zu können. Die Kläger waren damit einverstanden. Kommt es nicht zu solchem Vergleich, dann muß die Kammer ein entsprechendes Urteil fällen.

Der „Deutsche Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke“ zu Berlin hält seine Jahresversammlung am 21./22. Oktober zum erstenmal in Berlin, und zwar im Reichstagsgebäude ab. Es wird u. a. über das Thema „Vollschule und Alkoholfrage“, aber das Konzeptionswesen, aber ein Trinkerfürsorge-Gesetz u. berätigt werden.

Der erste deutsche Abstinenztag wurde am Sonnabend hier in Kellers Festsaal in Anwesenheit von etwa 1500 Personen eröffnet. Professor Dr. Forel sprach über „Alkohol und Seelenleben“. Er erörterte die Funktionen des Gehirns und die Wirkungen des Alkohols auf diese und warnte dann davor, sich auf chemisch-physiologische Details einzulassen. Für die sociale Alkoholfrage genüge es zu wissen: Daß der genossene Alkohol, der individuelle und sociale Vergiftungs-Erscheinungen schwerer Art, besonders aber des Seelenlebens hervorrufe, völlig entbehrlich ist und als Genußmittel nur gesunde Gemüthe vertreibt. Als sogenanntes Nahrungsmittel ist er wertlos, weil die von ihm im Körper produzierte Energie durch seine Giftwirkungen mehr als reduziert wird, während billigeres Nahrungsmittel ernähren, ohne zugleich zu vergiften und dadurch zu schaden. Daraus ergibt sich höchst einfach, kurz, klar und bündig als Forderung der socialen Hygiene diejenige der Abstinenz: „Fort mit allem Alkohol aus der menschlichen Diät!“ Alles andre ist Wortflauberei oder Sophismus.

Dann sprach Herr Eisenbahndirektor de Terra „Stolz über „Alkohol und Verkehrswesen“, indem er die Einflüsse des Alkoholgenußes auf Verkehrsbeamte und die daraus sich ergebenden Gefahren für den so hoch gesteigerten Verkehr der Gegenwart erörterte und daran Mitteilungen über den Stand des Vereins enthaltsamer Eisenbahner knüpfte.

Im Zusammenhang mit diesem Abstinenztag versammelten sich Sonnabend und Sonntag noch eine größere Zahl abstinenter Sondervereinigungen.

Zur Praxis der Invalidenversicherung. Nach einer gemeinsamen Verfügung der Minister des Innern und für Handel und Gewerbe sind die Ortsbehörden nicht dazu verpflichtet, die Quittungsarten kontraktlicher Versicherter dem früheren Arbeitgeber, der die Aufbehaltung der Karte übernommen hat, abzuverlangen und dem Versicherten nachzusenden. Nach dem Invalidenversicherungs-Gesetz hat der Versicherte die Quittungsarten zum Einleiben der Karte vorzulegen. Unterläßt er dies, so ist der Arbeitgeber berechtigt, für Rechnung des Versicherten eine Karte anzuschaffen. Für die Ausgabe dieser neuen Bescheinigungsarten besteht also keine Verpflichtung nach der alten Karte zu suchen, sie hat vielmehr auf den Versicherten nur einzuwirken, daß er sich im eignen Interesse die Karte wiederbeschafft. Erforderlichenfalls kann dieser Einwirkung durch Androhung von Geldstrafen bis zu 10 M. Nachdruck verschafft werden, vorausgesetzt, daß die Bereitwilligkeit des früheren Arbeitgebers zur Auslieferung der Karte vorliegt. Wenn die Behörden aus freien Stücken ihre Mitwirkung bei Wiederbeschaffung der Quittungsarten nicht versagen, so wird dies in der ministeriellen Verfügung als zulässig und sogar erwünscht bezeichnet.

Aus der Frauenbewegung.

Rigdorf, Dienstag, den 11. August, abends 8 1/2 Uhr, hält der Verein gewerblich tätiger Frauen und Mädchen Rigdorfs und Umgegend eine Wanderversammlung in Oris, Werderstr. 27, bei Herrn Weniger ab, in welcher Herr Davidsohn über „Heinrich Heine und die Frauen“ referieren wird. Gäste, Damen wie Herren, haben Zutritt. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

London, 10. August. (W. Z. W.) Unterhaus. Bei der Beratung des Etats des Auswärtigen lenkt Bryce (liberal) die Aufmerksamkeit auf die Zustände in Mazedonien. Premierminister Balfour erwidert, er bedauere, daß er bezüglich des Aufstandes nichts Beruhigendes mitteilen habe. Er beabsichtige nicht, auf Bryces Kritik hinsichtlich der Unthätigkeit Europas seit dem Berliner Vertrage einzugehen. Es gebe ernste Beschwerden, die aus einer tiefsitzenden Krankheit herzu-leiten seien. Er bedauere den Mißerfolg der Versuche, diese zu behandeln. Er habe gehofft und hoffe noch, daß ein beschleunigtes Projekt, das England zu unterstützen wünschte, erfolgreicher in seinem Ergebnisse sein werde. Rußland und Oestreich seien die hauptsächlich berührten Mächte, und es sei Pflicht der übrigen Mächte Europas, sie zu unterstützen, so lange ihre Bemühungen in keinem ergebnissen Geiste geführt werden.

Salonik, 10. August. (W. Z. W.) Der Inspektor der Orientalischen Eisenbahn, Steiner, bestätigt, daß er von Sarafow einen Brief erhalten habe, mit der Warnung, keine Fahrkarten mehr auszugeben, da die Bahn zerstört würde und Unschuldige nicht unkommen sollten.

Aus dem Vatikan.

Die Krönung des Papstes.

Am Sonntagmorgen fand mit dem üblichen Pomp in der Peterskirche die Krönung Pius X. statt. Um 8 1/2 Uhr begab sich, wie der Telegraph meldet, der Papst, begleitet von den Kardinalen, Würdenträgern und Kavalieren, zu Fuß in den Vorhof von St. Peter, wo vor der Porta santa ein Thron errichtet war. Der Papst in den päpstlichen Gewändern, auf dem Haupte die Mitra, bestieg hierauf den Thron, während die Kardinele auf reservierten Bänken Platz nahmen. Sodann hielt Kardinal Rampolla, als Erzpriester der Basilika, umgeben vom Kapitel und der Geistlichkeit des Vatikan, eine kurze lateinische Ansprache und die Sänger der Sixtinischen Kapelle stimmten das „Tu es Petrus“ an. Der Papst nahm dann auf der Sedia Gestatoria Platz und wurde unter dem Vortritt der Kardinele und Würdenträger um 9 1/2 Uhr durch das Mitteltor in die Basilika getragen, begrüßt von tausenden Rufenden der Menge und Komplementen. Vor dem Hochaltar stieg der Papst von der Sedia Gestatoria herab und verweilte einige Minuten in Anbetung des ausgestellten Allerheiligsten. Darauf begab er sich wieder auf die Sedia Gestatoria und ließ sich, überall von erneuten Zurufen begrüßt, in die Clementinische Kapelle tragen, wo ein anderer Thron errichtet war. Der Papst nahm auf dem Thron Platz, während die Kardinele, Patriarchen, Erzbischöfe, Bischöfe, Äbte und Wönitäre auf besonderen Bänken saßen. Er ließ die Kardinele, Patriarchen, Erzbischöfe und Bischöfe zur Huldigung zu und erteilte dann dem Volke seinen Segen.

Nach dem Segen wurde der Papst mit den für die Abhaltung der Messe vorgeschriebenen Gewändern bekleidet, während die Kardinele, Patriarchen, Bischöfe und die übrigen kirchlichen Würdenträger die ihnen zugehörigen priesterlichen Gewänder anlegten. Darauf begab sich der Papst in feierlichem Zuge, auf der Sedia Gestatoria sitzend, zu dem unter einem Baldachin errichteten Thron, um die Messe zu celebrieren. Auf dem ganzen Wege durch die Clementinische Kapelle bis zum Hochaltar schritt ein Ceremonienmeister dem Papste voraus und zündete dreimal Berg an, indem er rief: „Heiliger Vater, so schwindet der Ruhm der Welt.“

Sobald der Papst bei dem Hochaltar angekommen war, stimmten die Sänger der Sixtinischen Kapelle das „Ecce sacerdos magnus“ an. Nachdem die Mitglieder des Heiligen Kollegiums, die Bischöfe und Äbte den Eid geleistet hatten, begann die Messe nach dem für die Papalmesse vorgeschriebenen Ceremoniell.

Nach Beendigung der Messe bestieg der Papst wiederum die Sedia Gestatoria und wurde auf derselben nach dem vor dem Altar errichteten Podium gebracht. Hier sprach der älteste Kardinal Gebete für den neuwählten Papst. Dann nahm ein Kardinaldiakon dem Papste die Mitra ab, während der Kardinaldiakon nach dem Papste die Tiara aufsetzte und hierbei mit lauter Stimme die Inthronisationsformel verlas. Der Papst erteilte dann, indem er sich erhob, dem Volke feierlich seinen Segen, das ihm lebhaftest Ovationen bereitete.

Das Verhalten der schaulustigen Menge.

Wie zu allen großen Schaustellungen hatte sich auch zu dieser eine große schaulustige und neugierige Masse eingefunden, darunter viele Campagnolen, die schon am Sonnabendabend nach der Stadt gekommen waren und zum Teil, um nur ja am nächsten Morgen die Ersten in der Kirche zu sein, die Nacht unter den Kolonnaden zugebracht hatten. Von Nachts war unter der herbeigeführten Menge, die der Petersdam füllte, wenig zu spüren; die meisten schienen die Krönungsfeier für ein ähnliches Schauspiel zu halten, wie einen Karneval, einen Monarchenbesuch oder eine große Truppenparade. Nicht ansehnlich schildert diese Festbestimmung der Korrespondent des „Berliner Tageblatts“:

Von einer andächtigen Stimmung oder Feierlichkeit war allerdings keine Rede; da sah man ganze Familien, die sich mit Essen, Plaudern und Lachen die Zeit vertrieben. Viele Damen hatten Feldstühle mitgebracht. Wo nur ein Vorsprung, eine Balustrade oder eine Säulenbase ein Plätzchen bot, da war es von Duzenden und Überduzenden besetzt; selbst auf die monumentalen Weiswasserfontänen waren jede Jungens geklettert.

Auf dem Hochaltar brannten Niesendandelaber und ganz hinten in der Apsis war ein roter Thronhimmel sichtbar. Auf Befehl des Papstes waren diesmal (abgesehen für die Diplomatie und Aristokratie) keine Tribünen errichtet, und ausserhalb las man große Plakate: „Beifallsäußerungen sind verboten.“ In andern Plakaten wurde ausgeführt, Pius wünsche, daß bei seinem Einzug ein frommes religiöses Schweigen herrsche, eine dem Römern fast unverfängliche Neuerung.

Um 11 Uhr war in den Seitenschiffen eine Reihe von Sanitätswagen eingerichtet, die reichlich zu thun bekamen, namentlich wenn von Zeit zu Zeit eine kleine Panik entstand und die Menschenmassen ängstlich schreiend gegen einander drängten. Zweimal im Laufe des Vormittags, um 9 1/2 Uhr und um 11 Uhr, kam es sogar zu wilden Szenen, denn immer neue Massen stürzten in die Kirche, und dabei wurden Duzende überrennt und verletzt, auch von den armen Soldaten, die von frühmorgens an in ihren schweren Uniformen auf der Petersstiege Dienst thaten, erlitten viele Hitzschläge.

Der Gläubwusch der deutschen Regierung.

Die „Nordd. Allg. Zig.“ richtet zur Krönung des Papstes folgenden offiziellen Gläubwusch an die Adresse des neuen Pontifex:

Wir haben der ausgezeichneten menschlichen Eigenschaften des aus dem jüngsten Konklave hervorgegangenen neuen Oberhauptes der katholischen Christenheit an dieser Stelle bereits gedacht. Wir machen diese sympathischen Grundzüge eines durch reiche Lebenserfahrung gewollten uns aber gern der Hoffnung hingeben, daß die Persönlichkeit des neuen Pontifex eine Wirksamkeit für die Erwidderung der vertrauensvollen Geminnungen bildet, mit denen sich die deutschen Katholiken ihrem höchsten Bischof zuwenden. Die Wahl Pius X. hat die leitenden deutschen Kreise mit Befriedigung erfüllt. Aufrecht vereinen wir uns mit unsern katholischen Mitbürgern, um Seiner Heiligkeit zum Krönungsfeste herzlichste Gläubwünsche auszusprechen für ein langes, gefegnetes, friedliches Pontifikat!

Wie hat seit den Kulturkampfjahren die Stimmung gewechselt. Die Vaterlandsfreunde von damals sind heute Regierungspartei, und das offizielle Hauptorgan steht inbrünstig Gottes Segen auf den Papst herab.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Nitzdorf. Heute abend findet im Deutschen Wirtschaftshaus, Bergstraße 187, eine Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Da eine reichhaltige Tagesordnung vorhanden ist, bitten wir um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen. Der Vorstand.

Groß-Lichterfelde. Die Vereinsversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins findet am Mittwoch, den 12. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Richter, Chauffeestraße 104, statt. Tagesordnung: Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Fritz Jubeil über: „Die Landtagswahlen in Preußen“. Aufnahme neuer Mitglieder. Verschiedenes. — Die Genossen, welche mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, werden ersucht, dieselben bis zur Versammlung zu bezahlen, widrigenfalls ihre Namen in der Versammlung bekannt gemacht werden, eventuell ihr Ausschluß beschlossen werden könnte. — Sammellisten, welche noch ausstehen, sind unterzählig beim Kassierer abzurechnen.

Johannisthal-Adom. Die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins findet am Mittwoch, den 12. d. Mts.,

abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Reime, Bendastraße, zu Rudow statt. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Wie ist die Agitation in Rudow zu gestalten“. 2. Vereinsangelegenheiten. Um regen Besuch wird erlucht. Gäste haben Zutritt.

Lokales.

Der Deutsche Abstinenztag.

Der für den 8., 9. und 10. August nach Berlin zusammenberufen war, hat den programmgemäßen Verlauf genommen. Ob für die Sache der Alkohol-Abstinenz sehr viel dabei herausgekommen ist, das werden diejenigen Vereinigungen zu beurteilen wissen, die sich daran beteiligt haben. Wir haben den Eindruck gewonnen, daß dieser erste deutsche Abstinenztag weniger der ersten Arbeit dienen als nach außen hin wirken sollte.

Die Verhandlungen der einzelnen Vereine usw. bestanden vielfach nur in der Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten oder in unangenehmen Besprechungen. In den der Abstinenzbewegung fernstehenden Kreisen dürften allein die öffentlichen Versammlungen und Festlichkeiten, namentlich das Großlokal der Guttempler Deutschlands, einiges Interesse erweckt haben. Sehr stark war die Beteiligung an der Eröffnungs- und Begrüßungsfeier, die am Sonnabendabend abgehalten wurde und aus Konzert, Ansprachen, geselligem Vergnügen usw. bestand. Freilich, die Glanznummer des Festprogramms, die Vorträge der Herren Professor Forel über „Alkohol und Seelenleben“ und Eisenbahn-Direktor de Terra über „Alkohol und Verkehrsweisen“ gingen größtenteils unter in der animierten Stimmung der Eröffnungsfeier, die sich mehr auf ein alkoholfrei-gelagertes Beisammensein eingerichtet hatten. Im übrigen bestieg der Verlauf dieses Abends die nicht mehr neue Thematik, daß man auch bei Selterwasser und Maffee, Limonade und Apfelsaft sich gut amüsieren kann. Alkoholfreie Getränke wurden in den Besträumen nicht verkauft; weshalb die Mitglieder der engagierten Militärkapelle es vortzogen, sich in den Pausen an den Trinkstätten benachbarter Restaurants zu stärken. Ein liebiges Blatt behauptet, daß zahlreiche Festteilnehmer hätten sich noch vor Schluß des Festes nach andern Streifen gegeben, um ein Glas Bier zu genehmigen. Das ist wohl möglich; denn es war unter den Gästen eben auch mancher Nicht-Abstinenzler, der einen Freund, einen Verwandten begleitet hatte. Die Mehrzahl bestand allerdings doch aus Abstinenzern. Daß die Festversammlung an einzelnen Stellen des Saales einen starken Stich ins Ruderhafte zeigte, war den sogenannten Blaukreuzern zu danken, die neben den Guttemplern und sonstigen Alkoholgegnern zahlreich vertreten waren.

Es giebt Abstinenzler unter den Frommen und unter den Unfrommen, unter scheinheiligen Rüdern und offenerherzigen Atheisten, aber auf diesem ersten deutschen Abstinenztag überwiegt bei weitem die erstere Haltung von Abstinenzern. Die Ruderer bereiten ihren abstinenzfreundlichen am Sonntag noch eine besondere Veranstaltung, ein Blaukreuz-Fest, das aus einer Vormittagspredigt in Stöckers Stadtmissionskirche am Johannistag und einer Abendversammlung im Stadtmissionsaal der Großen Franzosenstraße bestand. In der Abendversammlung wurde unter anderem gegen die Wissenschaft polemisiert, die gegen den Teufel Alkohol ebenso machtlos sei wie die Kupfuscherei. Ein richtiger Blaukreuzer weiß, daß in Jesus Christus die einzige Hilfe für einen Trunksüchtigen ist; darum läßt er sich davon genügen, die Trinker nächsten zu beten.

Die Alkoholfrage ist kein religiöses und auch kein lediglich ethisches, sondern ein im Grunde wirtschaftliches Problem. Die abstinenz Arbeiter sind ziemlich die einzigen Abstinenzler, die die wirtschaftlichen Ursachen des Alkoholismus erkannt haben und betonen. Sie haben sich an dieser Zusammenkunft bürgerlicher Abstinenzler nicht beteiligt, und es ist ihnen daher erspart geblieben, auch mit Elementen wie den erwähnten Blaukreuzern in Verührung zu kommen. Ueber die von den abstinenz Arbeitern in Aussicht genommene Montagversammlung, in der die Beweggründe der Nichtbeteiligung öffentlich dargelegt werden sollen, wird noch berichtet werden.

Das rote Sängersfest.

Auf nach Friedrichshagen! So lautete am Sonntag die Parole für Tausende von Arbeiterfamilien. Dort an den walddesignten Ufern des Müggelsees feierte der Arbeiter-Sängerbund sein zwölftes Sängersfest. Welch Unterschied zwischen den festen honett-bürgerlicher und proletarischer Gesangsvereine! Bei jenen Straßenschnur, offizieller Klambim, Ansprachen von Ortsgrößen, Gurratsungung. Alles erweckt den Eindruck des künstlich Gemachten, über die ganzen Veranstaltung scheint die Sonne behördlichen Wohlwollens. Wie ganz anders bei den Gesangsfeiern der Arbeiter. Nicht Frauen beschleichen den ehrsamem Spießer beim Klänge eines Arbeiterliedes, er ficht, es gähnt eine weite Kluft zwischen ihm und dem Arbeiter. Deshalb verhält er sich lässig und zurückhaltend, keine Gurrande, kein Blumenstrauß schmückt sein Haus. Und die Behörde? Nun, sie sendet zwar auch ihre Vertreter, aber nicht etwa in der Person eines vom Medefieber befallenen Bürgermeisters, der die proletarischen Sanger mit sorgfältig einstudierter, mehr oder minder schwungvoller Ansprache begrüßt, sondern in Gestalt von einer Anzahl robuster Gendarmen, die darüber zu wachen haben, daß durch ein frisch-freies Arbeiterlied der Staat nicht aus den Fugen geht. Im übrigen aber machen die Behörden dem Festkomitee allerlei Scherereien und wünschen am liebsten die Arbeiterfeste zu allen Teufeln, weil sie, wie sich eine Amtsperson diesmal ausdrückte, nur unmäßige Arbeit davon haben. Doch die Arbeiter sind derartige Lebenswürdigkeiten gewöhnt. Es rührt sie weder die Antipathie des Pfahlsbürgers, noch die mürrische Amtsmiene obrigkeitlicher Personen. Ihre Feste feiern sie trotzdem und alleben, und man muß es sagen: auch dieses Sängersfest wurde in einer Weise gefeiert, daß mancher Spießer verwundert Nase und Mund aufriß und wohl noch lange davon sprechen wird. Zug auf Zug rollte nach Friedrichshagen, einer immer voller wie der andre. Dampfer und Boote waren bis auf den letzten Nagel besetzt. Fuhrwerke aller Art hatte man als Transportmittel benutzt, sogar Möbelwagen waren entsprechend ausgestattet, um die Festteilnehmer zu befördern. Nach ungefähre Schätzung dürften mindestens 88 000 Personen auf dem geräumigen Festplatz gewesen sein. An der Fähr nach dem Müggelsee zu haute sich die Menge zeitweise zu Tausenden. Das war nicht mehr die ähliche „drangvoll fürchterliche Menge“, nein das Gedränge war mitunter geradezu beängstigend. Sorgende Mütter, die ihre Kleinen mitgenommen hatten, mögen diese Drängerer wohl mehr als Strapaze, denn als Vergnügen empfunden haben — und nicht nur die Mütter allein. Dennoch, brüden in dem schattigen Walde entschädigte sich die Masse mit echtem Arbeiterhumor dann von den ausgestandenen Unannehmlichkeiten. Bald gleich der Wald einem mächtigen Heerlager. Raun ein freies Plätzchen bis zum Müggelsee herunter gab es, wo es sich nicht Freundes- und Familienzirkel bequem gemacht hatten. Hier wurde Kaffee und Kuchen „gegruppelt“, dort ein Bierfuß besagert, auf einem andren fleckigen Slat gedroschen; Karussells, Schaulustn und Ruffsbahn wurden von der Jugend mit Beschlag belegt, und verstreut unter der Menge hatten sich die einzelnen Gesangsvereine gruppiert, wo sie das Publikum durch ihre Lieder erheiterten. Wer sich auf oder auch im Wasser erholte, dem stand der Schwimmerbund mit Rat und That zur Seite, und zur Hülfeleistung bei Erkrankungen oder Unglücksfällen hatte sich die Arbeiter-Sanitätskolonne unter Leitung zweier Ärzte dem Publikum zur Verfügung gestellt. Den Glanzpunkt des Festes bildete nach dem imposanten Festzuge der gemeinschaftliche Festgesang der Vereine. Etwa 1200 Sängern nahmen daran teil und machtvoll braufte der Gesang über die weite Halde, ein liebliches Echo in den dichten Baumgruppen hervorruhend.

Bis spät abends wechselten Unterhaltung, Konzert und Gesang miteinander ab, bis Dampfer, Eisenbahn und Fuhrwerke die Tausende wieder heimwärts brachten. Allen Teilnehmern wird das Fest in Erinnerung bleiben, eingeblendet des Sängerspruches: „Frei in Wort und That zu sein, soll das Lied uns lehren!“

Die Betriebs-Krankenkasse der „Großen Berliner Straßenbahn“ hat sich kürzlich der Central-Kommission der Krankenkassen angeschlossen. Ob der diesbezügliche Delegierten-Beschluß der Direktion besonders sympathisch gewesen ist, kann ihrer bisherigen Haltung nach billig bezweifelt werden. Immerhin legt dieser Schritt Zeugnis davon ab, daß auch in die Straßenbahner nach und nach ein moderner Geist fährt und sie das durch ihre Vorbegehren bisher gehandhabte Besorndungssystem in den Kassenangelegenheiten gründlich satt haben.

Berliner Ayl-Verein für Obdachlose. Im Monat Juli nächstigen im Männer-Ayl 21 203 Personen, wovon 10 763 badeten, im Frauen-Ayl 4683 Personen, wovon 1270 badeten. Arbeitsnachweis wird erbeten für Männer: Bienenstr. 55/59, für Frauen: Häflierstr. 5.

Frieda Sittel ergriffen. Das unter Fürsorge-Erziehung stehende Mädchen Frieda Sittel, das aus dem Wagnalensstift zu Keltow in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag durch bewaffnete Männer entführt worden war, eine That, die mit dem Stillschließungsprozeß gegen Steedt und Genossen in Zusammenhang gebracht wurde, ist in der vergangenen Nacht wieder ergriffen und in sicheren Gewahrsam gebracht worden. Sie weigert sich hartnäckig, die Namen ihrer Entführer zu nennen und man weiß daher noch immer nicht, wer diese sein könnten. Aus dem Stift entkommen, trieb sich die Sittel in verschiedenen Vierteln umher, u. a. in Schöneberg, wo sie in einer Wärfelbude übernachtete, und besonders in Pankow, wo sie bei ihrer Schwesler, einer Frau Vornann, einen Unterschlupf fand. Ergriffen wurde sie endlich auf offener Straße im Scheunenviertel in der Nähe der Wohnung ihrer Mutter. Ihre Entführung wird ein Strafverfahren nicht nur gegen ihre Befreier — falls man sie erwischt —, sondern auch gegen Frau Vornann zur Folge haben, gegen diese auf Grund des § 21 des Fürsorgeerziehungsgesetzes, nach dem derjenige, der eine aus der Fürsorgeerziehung entwichene Person bei sich aufnimmt, mit einer Geldstrafe bis zu 2000 M. oder mit Gefängnis bestraft wird. Es ist unseres Wissens der erste Fall, in dem dieser Paragraph des neuen Gesetzes angewendet wird.

Schlägerei. Sonnabend, den 8. August, abends 9 1/2 Uhr, wurde der Arbeiter Willi Krichmann völlig bewußtlos nach der Unfallstation XVII, Badstr. 67, gebracht. Derselbe war erst am Freitag auf Wunsch aus der Charité entlassen worden und wurde am Sonnabend in eine Schlägerei verwickelt. Es ist dies derselbe, der vor acht Tagen mit zwölf Messerstichen nach Unfallstation XVII gebracht wurde. Bei der neuen Schlägerei wurden ihm die Verbände herunter gerissen und infolge dessen trat eine Nachblutung ein, die den Verletzten dem Tode nahe brachte. Erst nach halbblühigen Wiederbelebungsversuchen gelang es, Kr. durch mehrere Kamperispritzen ins Leben zurückzurufen. Der schwere Verletzte wurde per Wärschen Krankenwagen nach der Charité gebracht.

Herbesfall. In der Nacht zum vergangenen Sonntag wurde der Kupferknecht Paul Hechner mit einer sehr schweren Halsverletzung der Unfallstation in der Badstraße zugeführt. Er war in der Straßengasse von fünf unbekanntem Ströblen überfallen worden, die ihm außer kleinen anderweitigen Verletzungen eine 15 Centimeter lange, 5 Centimeter tiefe Stichwunde auf der rechten Halsseite beibrachten. Da durch diese Wunde die Halsschlagader bloßgelegt worden war und mehrere große Gefäße angegriffen worden waren, sah sich der diensthabende Arzt genötigt, vier bis fünf Unterbindungsbinden zu legen und außerdem neun Nähte zu machen, worauf der Verletzte mit einem Rotverband versehen und mittels Wärschen Krankenwagens nach der Charité transportiert wurde.

Lebensstumm, krank und weder Arbeit noch Schlafstelle! Auf dem häßlichen Schlachthofe fand am Sonnabendmorgen ein Arbeiter einen noch nicht alten Mann tot in einer Kammer liegen. Nach ärztlichem Gutachten hatte ein Herzschlag seinem Leben ein Ende gemacht. In den Taschen des Toten fand man einen Zettel mit der Unterschrift eines 39 Jahre alten Autschers Adolf Poppe. Er trug nur wenige Worte: „Ich bin krank und taubstumm, habe keine Arbeit und keine Schlafstelle und bitte um Aufnahme in ein Siechenhaus.“ Datirt war diese Bitte vom 10. Juli d. J. Was mag der Mann, über dessen Schicksal noch nichts Näheres bekannt ist, in der vier Wochen bis zu seinem Tode nicht gelitten haben!

Ein Bootunglück, das drei Menschenleben forderte, ereignete sich Sonntag früh auf der Obersee bei Nieder-Schöneweide. Es wurde lediglich durch Unverstand und unwertheliche Waghalsigkeit herbeigeführt. Der Dampfer „Stralau“ der Reederei Robiling machte in der Nacht zum Sonntag von der Stralauer Brücke aus eine Mondscheinfahrt auf der Obersee und landete beim Café Sedan. Unter seinen Fahrgästen befanden sich auch ein Arbeiter und ein Wäder, die sich erst während der Fahrt kennen lernten und den Namen nach noch nicht bekannt sind. Die beiden Männer gingen nach der Landung morgens um 4 Uhr am Spree-Ufer spazieren und trafen bei dem Bootsverleiher Schulz an der Sedanstraße zu Nieder-Schöneweide zwei junge Mädchen, die dort standen und sich das Wasser ansahen. Sie künipften ein Gespräch mit ihnen an und luden sie zu einer Bootsfahrt ein, mit der die Mädchen gern einverstanden waren. Schulz gab ihnen ein Boot, das vorchriftsmäßig ausgerüstet und für vier Personen mehr als groß genug war. Die beiden Männer ruderten nun mit ihren Wegleiterinnen, von denen nach ihren Mitteilungen die eine 17, die andre 16 Jahre alt war, nach Ostend zu. Als ihnen der Schleppdampfer „Augusta“ mit zwei Steinfähnen begegnete, wollten sie den Mädchen einmal zeigen, was sie könnten, und kamen auf den unseligen Gedanken, zwischen den beiden Rähnen hindurchzufahren. Das geht nun unter Umständen wohl bei langen Trossen, die tief ins Wasser hinabtauchen, obgleich es auch hier gefährlich ist; auf der Spree aber kann nur Tollkühnheit den Gedanken an einen solchen Versuch eingeben. Vergebens warteten der Dampfer und die Befahrung der Rähne. Als die Ruderer in der Mitte zwischen beiden Rähnen waren, zog die Trosse an, schnellte empor und warf das Boot um, so daß alle vier Insassen ins Wasser fielen und untergingen. Die Bemannung des Dampfers und der Rähne und der Bootsverleiher Schulz eilten sofort zu Hilfe, aber es gelang nur, einen der Ruderer, den Arbeiter, zu retten. Die andren drei kamen nicht mehr zum Vorschein. Der Gerettete erhielt von Schulz trodene Kleidung und fuhr mit seiner Mutter, die ebenfalls die Mondscheinfahrt mitgemacht hatte, um 5 Uhr auf der „Stralau“ nach Berlin zurück. Gestern morgen suchte man das Wasser ab und landete zwei Leichen, die des Wäders, der seiner Erzählung nach 28 Jahre alt war, und eines Mädchens; das andre Mädchen ist noch nicht gefunden. Wer die Ermordeten sind, weiß man bis jetzt noch nicht. Die Siebzehnjährige ist wahrscheinlich die Tochter eines hiesigen Wärschändlers, der gestern in Nieder-Schöneweide seine vermählte Tochter suchte.

Todessturz durch ein Glasdach. Ein einschlicher Unfall trug sich am Sonntagmorgen in der Alten Leipzigstraße zu. Der Förner Reinhold von Grundstücke Nr. 8, der im vierten Stock wohnt, hatte Besuch von seinem Sohne Paul, der in der Wienerstraße 46 Hausdiener bei einem Gastwirt ist. Der 17-jährige junge Mann stieg mit seinem sechsjährigen Stiefbruder Albert durch die

Vermischtes.

Schiffsunfälle. Sonntagnachmittag ertranken bei einer Seegefahrt zwischen Wasserleben und Bad Kolund infolge Kenterns des Bootes drei junge Leute. Vorüberfahrende Dampfer fanden das hilflos treibende Boot. Die Leichen der Ertrunkenen sind noch nicht aufgefunden. — Am Sonnabendabend ist auf der Wille bei Billwärder ein Boot gekentert, in dem sich der Oberlehrer Sch. mit Frau und zwei Kindern befand. Der Oberlehrer ertrank infolge eines Schlaganfalles, während die übrigen Insassen gerettet sind. — Als der Dampfer „Auffard“ Sonnabendnachmittag nach Peenowig des Schleppdienstes in das Baubassin der Werft zu Kiel zurückkehrte, plagte ihn ein Dampfrohr. Dadurch wurde der Maschinist Holmann getötet, der Heizer Meier schwer verbrüht. — Durch Lösung eines Bolzens an der Kolbenstange zur Luftpumpe hatte der Dampfer „Freia“ bei seiner gefrigen Fahrt von Rügen nach Stettin eine Verspätung. Der Bolzen wurde sofort in Stettin getauscht; die „Freia“ lief von Stettin Sonntag schon wieder in der regelmäßigen Fahrt nach Rügen. — Als in der Nacht auf Freitag neun Mann, die zur Besatzung der amerikanischen Dampfschiff „Lorena“ gehörten, sich von Brighlingten in einem kleinen Fährboot, das von einem Fährmann und einem Arbeiter gerudert wurde, an Bord zurückbegeben wollten, füllte sich das Boot mit Wasser und sank. Der Fährmann und ein Matrose wurden gerettet, die übrigen 9 Personen sind ertrunken.

Vier Personen in den Flammen umgekommen. In dem Orte Wülfshagen bei Rostock brannte gestern eine Kiste nieder. Bei den Rettungsversuchen sind eine Frau und drei männliche Personen ums Leben gekommen. Zwei Personen wurden schwer verletzt.

Leuchtgasvergiftung. In Leipzig wurde am Sonnabend der Rechtsanwält Dr. Reubert in seiner Wohnung tot, seine Gattin schwerkrank und bewußtlos aufgefunden. Die Verunglückten waren durch Leuchtgas, das einer defekten Leitung entströmt war, vergiftet worden.

Wesserscherei. Stettin, 10. August. Bei einem Ausflug, den die Jugendabteilung des hiesigen Turnvereins gemeinschaftlich mit einigen älteren Turnern (insgesamt etwa 100 Mann) gestern unternahm, gerieten sie mit einigen angetrunkenen Bewohnern des Dorfes Rosengarten, welches sie nachts mit Musik durchzogen, in Streit. Es entstand sich ein Handgemenge, wobei mit Steinen und Messern gefehlt wurde. Ein Turner wurde erschlagen, viele andere durch Steinwürfe und Messerhiebe schwer verletzt.

Erdbeben in Lissabon. Am Sonnabendabend um 10 Uhr 8 Minuten wurde in Lissabon und in der Umgebung der Stadt ein heftige Erdbeben erschütterung wahrgenommen, durch die mehrfache Schäden angerichtet wurden. Unter der Bevölkerung herrschte große Aufregung; Verluste an Menschenleben sind nicht gemeldet worden.

Einsturz einer Tribüne. Aus Philadelphia wird berichtet: Während eines Ballspiels brach eine in dem Baseball-Parc errichtete Tribüne, die mit einer großen Zuschauermenge besetzt war, zusammen, wodurch vier Personen getötet und 150 verletzt wurden. Au dem Aufkommen von zwölf der Verletzten wird gezweifelt.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieb' Verlag) ist soeben das 45. Heft des 21. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Desorganisation der Welt. — Politische Anthropologie. Von Heinrich Cunow. — Zur politischen Lage in Sachsen. Von Herrn Fleißner. — Die deutschen Arbeitersekretariate im Jahre 1902. Von Adolf Brann. — Erinnerungen eines englischen Arbeiters. Von Jakob Bradie (London). — Die moderne „Kudde zum Glauben“. Von Oda Elberg (Genoa). — Literarische Rundschau: Selma Lagerlöf, Jerusalem. Von Therese Schlesinger-Saltein.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Buchhändler zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspresse der Postämter ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 3575 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probestummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von den „Dokumenten des Sozialismus“, herausgegeben von Ed. Bernheim, (Stuttgart, Dieb' Verlag) ist soeben das 8. Heft des III. Bandes erschienen.

Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor:

I. Kritische Bibliographie des Sozialismus. 1. In deutscher Sprache. Denkmäler und Erinnerungen eines Arbeiters. Mit einem Geleitwort von Paul Göhr. — Antworten auf sozialdemokratische Schlagwörter. — Ist das Centrum arbeitlerfeindlich? — Ist eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Löhne notwendig? — Die Arbeiterfrage und die Bedingungen zu ihrer Lösung. Von Dr. F. Hirt. — Das Wahlrecht in Deutschland und das Unrecht in Sachsen. Von H. Martin. — Innere Kolonisation in den Provinzen Brandenburg und Pommern 1891 bis 1901. Von H. Reß. — Die Organisationen des jüdischen Proletariats in Rußland. Von Sara Kabinowitsch. — 2. In französischer Sprache. Deschamps, Louis. Principes du Socialisme. — Lacroix, Pierre. Lettre Historique. Traduit du Russe et précédé d'une notice bio-bibliographique par Marie Goldsmith. — Léon, Em. L'affirmation du Droit Collectif. — 3. In englischer Sprache. Fabian Society. The twentieth annual report on the work of the Fabian Society for the year ended 31th March 1903. — Weaver, W. P. State Experiments in Australia and New Zealand. — 4. In italienischer Sprache. Bernini und Rociani. Progetto di Legge pel Divorzio. — Bissolati, Leonida. L'Avanti! Resoconto della direzione del giornale. — Rignano Cullani, Rina. Una Legge che ci interessa. — Solbi, Romeo. Le varie Correnti nel Partito Socialista Italiano. — 5. In ungarischer Sprache. Leopold, Lajos. Az Olas Socializmus.

II. Aus der Geschichte des Sozialismus. Sauf Mar aus einem nachgelassenen Werke von Marx-Engels über Mar Stüner. Der Kommunismus. (Schluß).

III. Urkunden des Sozialismus. Typische Wahlplakate aus dem Wahlkampf der deutschen Sozialdemokratie. Zwei Plakate aller allgemeinen Charaktere. 1. Ein erstes Wort an das deutsche Volk! 2. Wähler des ... Wahlkreises. — Ein Wahlmanuskript Probus aus dem Jahre 1848.

Die „Dokumente des Sozialismus“ erscheinen monatlich einmal und sind durch alle Buchhandlungen, Postämter und Buchhändler zum Preise von 2,25 M. pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 75 Pf. In der Zeitungspresse der Postämter sind die „Dokumente“ unter Nr. 2906 eingetragen, jedoch ist bei der Post nur Quartal-Abonnement zulässig.

Julianus, Revision des Liberalismus. Preis 1,20 M. Berlin 1903

Gerhard Walthers, Verlagsbuchhandlung G. m. b. H.

Marktpreise von Berlin am 8. August 1903
nach Ermittlungen des hgl. Polizeipräsidiums.

Ware	Einheit	Preis	Ware	Einheit	Preis
Weizen, gut	D.-Gr.	14,40	Kartoffeln, neue D.-Gr.	100 Stk.	8,00
„ mittel	„	13,60	„ Rindfleisch, Keule 1 kg	„	1,80
„ gering	„	12,90	„ „ „	„	1,40
Roggen, gut	„	16,50	„ Schweinefleisch	„	1,60
„ mittel	„	15,20	„ Rindfleisch	„	1,80
„ gering	„	14,00	„ Hammelfleisch	„	1,80
*Gerste, gut	„	14,40	„ Butter	1 kg	2,60
„ mittel	„	13,60	„ Eier 60 Stk.	„	4,00
„ gering	„	12,90	„ Karpfen 1 kg	„	2,40
**Johr, gut	„	16,50	„ Hühner 1 kg	„	2,80
„ mittel	„	15,20	„ Hühner	„	3,00
„ gering	„	14,00	„ Hühner	„	2,40
Richtstroh	„	4,16	„ Hühner	„	1,80
Heu	„	6,80	„ Hühner	„	1,80
Erbsen	„	40,00	„ Hühner	„	2,60
Speisebohnen	„	50,00	„ Hühner	„	1,40
Linien	„	60,00	„ Hühner	„	18,00

* Hamm und Gerst. ** frei Wagen und ab Bahn.

Briefkasten der Redaktion.

Wolfram. Der Bericht ging zu gleicher Zeit mit dem von uns benutzten kürzeren Bericht ein. Wir zogen den kürzeren vor, der dann leider aus Raumangel im Uebermaß noch einen Tag stehen blieb. Eingetroffen ist also der Brief.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 11. August 1903.
Zunächst vorwiegend trübe und kühl mit Regenschauern und mäßigen Südwestwinden, nachher langames Aufklaren.
Berliner Wetterbureau.

Bergmann eine Anzeige wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, in welcher er behauptete, dieser habe sich, als er in die Zelle gesperrt werden sollte, mit den Fingern gegen die Wand gestemmt und dadurch Widerstand geleistet. Die Anzeige wurde erhoben, endete aber vor dem Schöffengericht mit Freisprechung. In der heutigen Verhandlung gab der Angeklagte an, der Gefängniswärter habe ihn bei der Empfangnahme mit den Worten begrüßt: „Wegen eines solchen Lumpen hat man nicht einmal in der Nacht seine Ruhe!“ Dabei habe er einen Schlag ins Gesicht erhalten. Nun habe ihn der Beamte aufgefodert, alle seine Sachen, die er in den Taschen trage, herauszuliegen. Als er in eine obere Westentasche gegriffen habe, habe er von jenem mit einem Stock einen Schlag über den Kopf erhalten. Darauf sei er auf den Korridor vor die Thür einer Zelle geführt worden. Dort habe ihn der Beamte umarmt und rüchlings in die Zelle hineingeschoben wollen. Er habe sich zu halten gesucht, um nicht auf den Rücken zu fallen. Der ganze Zeit bestritt die Richtigkeit dieser Angaben und blieb dabei, der Angeklagte habe sich gegen das Einsperren energisch gestraut. Ein Handelsmann Vogel, der sich im Gefängnisse befand, hat durch das Guckloch der Zelle gesehen, wie der Beamte auf den Angeklagten einschlug. Der Schlichtergerichte Klage, der wegen Kontrollvergehen eine Haftstrafe verbüßt, hat zwar die Mißhandlung nicht gesehen, hat aber von Vogel gehört, wie dieser bei der Einspernung des Angeklagten ihm durch die Zellenwand zurief: „Da kommt schon wieder einer angeheult! Da wird es wohl wieder mächtig weite sehen!“ Zeuge Mose erklärt dann weiter, daß im Gefängnisse alle Tage geprügelt worden sei und daß Fußboden und Wände oft so blutbesudelt gewesen seien, wie in einem Schlachthause. Der Staatsanwalt erklärte bei der Antragstellung, er halte die Verurteilung zwar für gänzlich aussichtslos, wolle dieselbe aber trotzdem nicht zurückziehen, sondern dem Gerichtshof die Entscheidung überlassen. Er beantrage aber Verurteilung der Verurteilung und Auslieferung der Kosten auf die Staatskasse. Der Gerichtshof erkannte nach diesem Antrage und hob bei der Begründung des Urteils hervor, daß nach dem ganzen Auftreten des Angeklagten in dessen Angaben kein Zweifel zu setzen sei. Dagegen habe sich der Zeuge Zeit nicht allein in Widersprüche verwickelt, er sei auch durch andere Zeugen widerlegt worden und darum sei sein Zeugnis ohne Wert. — (Der Gefängniswärter Zeit befindet sich immer noch im Dienst!)

Der Prozeß wegen Kindesunterschlebung gegen die Gräfin Nabella Bestera Kwidleda und sieben Genossen dürfte im November vor dem Schwurgericht des Landgerichts I zur Verhandlung gelangen und wegen der dabei beteiligten Personen, der Seltenheit der Straftat und wegen der ganzen Art der Ausführung und der damit verknüpften Nebenumstände ein besonderes Interesse erregen. Die Gräfin Kwidleda befindet sich seit längerer Zeit im Untersuchungsgefängnisse, und wie bereits gemeldet worden, ist kürzlich auch der Graf Kwidleda in Haft genommen worden. Die Eheleute wohnen auf dem Gute Wroblemska bei Bronke im Posenischen. Da ihnen Leibeserben vererbt wurden, sollen sie, um das Patrimonium zu retten, eine Kindesunterschlebung vorgenommen haben. Die Gräfin will nach Verlin gereist und hier entbunden worden sein, während seitens der Anklage behauptet wird, daß die ganze Geschichte erunden und Komödie gespielt worden ist. Es wird angenommen, daß der Prozeß mehrere Wochen, vielleicht sogar einen Monat in Anspruch nehmen wird, denn seitens der Staatsanwaltschaft sind allein gegen 150 Zeugen geladen, wozu noch gegen 50 Zeugen kommen, die von der Verteidigung geladen sind. Fast sämtliche Zeugen sind polnischer Nationalität und müssen mittels Dolmetscher vernommen werden, bei ihrem geringen Bildungsgrade und durch den Umstand, daß die angeklagte Straftat verschiedene Jahre zurückliegt, dürfte deren Vernehmung zeitraubend werden. Die Gräfin Kwidleda wird vom Justizrat Bronker, Graf Kwidleda, welcher wie die übrigen sechs Mitangeklagten der Beihilfe beschuldigt wird, vom Justizrat Lewinski (Polen) verteidigt. Kühr diesen werden noch die Rechtsanwälte Selda in Posen, Justizrat von Silorski und Borowski zu Berlin als Verteidiger auftreten.

Verfammlungen.

Die Arbeiter der Siemens-Schuckert-Werke hatten sich am Sonntag in der Zahl von etwa 4000 im Etablissement „Neue Welt“ versammelt, um zu der Arbeiterauschussfrage des Gewerkschafts Stellung zu nehmen. Wie es sich in seinem Vortrage ausführlich auf die letzten Vorkommnisse bei der Firma ein, besonders auf die durch den jüngsten Schloffer- und Dreherstreik publik gewordene schlechte Entlohnung und Behandlung der Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie das Ueberhandnehmen und die mangelhaften hygienischen Einrichtungen, alsdann nahm er Bezug auf die kürzlich durch die Presse gegangenen Auslassungen des früheren Generaldirektors Dr. Bödiker. Der bekanntlich ein schamvolles Loblied auf die ausgleichende, segensreiche Tätigkeit des Arbeiter-Ausschusses der Firma anzuhören mußte — eines Ausschusses, der wohl zu Lebzeiten des alten Herrn Siemens erlitten hätte, von da ab aber ein völlig unbemerkbares, sehr bescheidenes Taschin füllte. Die Versammlung war nicht mehr und nichts weniger als ein Protest gegen den Ertrag des Herrn Bödiker, und es wäre der Generaldirektion jedenfalls sehr dienlich gewesen, wenn sie es sich mit angehört hätte, wie „ihre“ Arbeiter über den viel gerühmten Ausschuss und über die so sehr gepriesenen idyllischen Verhältnisse in den einzelnen Werken denken. Da sich die Direktion laut Arbeiterordnung einen sehr weitgehenden Einfluß auf die Zusammenkunft des Arbeiter-Ausschusses vorbehalten hat, so ist dieser nicht anders, als was die Ausschüsse in allen derartigen von Arbeiterfreundschaft trübenden Industrie-Etablissements, ganz gleich ob staatliden oder privaten, sind — nämlich eine bloße Dekoration, eine Körperkassette mit Scheinrechten, die von der Betriebsleitung einfach als gefügiges Werkzeug zur Harmonisierung zwischen Arbeitern und Kapitalisten verwendet wird. In Anbetracht dessen lag der Versammlung ein vom Metallarbeiter-Verband ausgeschickter Entwurf vor, der zeigt, wie sich diese Organisation einen Arbeiter-Ausschuss denkt. Gefordert wird in demselben die Wahl des Ausschusses von allen über 18 Jahre alten Arbeitern und Arbeiterinnen des Betriebs mittels geheimer und direkter Abstimmung. Der Ausschuss muß bei allen die Arbeiter und Arbeiterinnen angehenden Angelegenheiten gehört werden, auch steht ihm das Recht zu, außerhalb der Arbeitszeit selbständig ohne Teilnahme der Betriebsleitung zu tagen. Den einzelnen Ausschussmitgliedern muß es auch gestattet sein, ohne Rücksicht auf etwaige Arbeitszeit-Verhältnisse die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen. Zu Verhandlungen mit der Generaldirektion wählt der Ausschuss eine Subkommission. Die Mitglieder dieser Kommission dürfen nur mit Zustimmung der Generaldirektion, alle anderen Mitglieder des Ausschusses nur mit Zustimmung der betreffenden Betriebsleitung entsandt werden. — Mit diesen Vorschlägen erklärte sich die Versammlung durchaus einverstanden. Sie beauftragte infolge dessen eine siebengliedrige Kommission, beim Generaldirektor Dr. Berliner vorzulegen zu werden, um die Wahl eines Arbeiter-Ausschusses in obigen Sinne zu erwirken. Treffend bemerkte der Referent in seinem Schlußwort: Die jüngsten Vorkommnisse bei der Firma Zeiß in Jena liefern den besten Beweis dafür, daß auch der idealste Arbeiter-Ausschuss nicht imstande ist, Differenzen zu verhindern, wie sie nun einmal aus dem heutigen kapitalistischen System resultieren. Deshalb mußte sich eben jeder Arbeiter vor Augen halten, daß die wirksamste Vertretung der Arbeiterschaft nur die Organisation sein kann. In der Versammlung wurde außerdem noch die Fragestellung von Vertrauensleuten zur Sprache gebracht, obwohl die Direktion bei den Vergleichen der Verhandlungen des letzten Streiks ausdrücklich erklärt hatte: Nachregelungen finden nicht statt. Ein Vertrauensmann betam seine Entlassung wegen „Mangel an Arbeit“, obgleich Arbeit im Ueberflusse vorhanden ist, anderen Vertrauensleuten wieder werden von den Richtern detarig niedrige Akkorde angeboten, daß sie wohl oder übel selbst ihre Entlassung fordern müssen, um sich anderwärts lohnender Beschäftigung zu suchen.

Kaufmännliche Strafen und Sterbefälle von 1885 (S. 6. 71)
SO. 16, Reambersr. 4, Dienstag, den 11. August cr., abends 9 Uhr, im Restaurant Friedrich, Alte Jakobstr. 89: Sitzung.

Wodenlule auf das flache Dach, auf dem Reinhardt einige Bohnen und dergleichen angepflanzt hat, und von hier aus auf das Dach des ebenfalls vier Stock hohen Nebenhauses Nr. 4. Dieses, ein Fabrikgebäude, hat im vierten Stock einen Rüstschacht, der unten mit Asphalt ausgelegt ist und oben ein Glasdach trägt. Während ihm nun sein Bruder den Rücken wandte, trat der kleine Albert auf eine Schwelle dieses Daches, brach mit ihr durch und stürzte unter einem markdurdringenden Schrei in den Schacht hinab, wo er sich auf dem harten Asphalt den Schädel zerschmetterte und Arm und Beine brach. Sein Stiefbruder war flarr vor Schrecken und konnte im ersten Augenblick keinen Rat von sich geben. Leute, die den Schrei gehört hatten, sorgten für Hilfe, die aber nichts mehr ausrichten konnte. Als man mit dem verunglückten Knaben nach der Unfallstraße in der Brüderstraße kam, war er schon tot. Sein Vater war so verzweifelt, daß drei Wamen Nähe hatten, ihn von einem Selbstmord abzuhalten; wiederholt versuchte er, sich zum Fenster hinauszufürzen.

Zu Tode getrunken. In der Rügenschtr. gab es am letzten Sonnabendnachmittag einen großen Aufstand. Ein scharfer betrunkenen Mann entbedigte sich des Rodes und der Beste und ließ nur mit Hemd und Hose bescheidet taumelnd umher, eine große Kinderkar hinter ihm. Endlich kam jemand, der ihn als einen 44 Jahre alten Stellmacher Franz Sombrowski erkannte. Schuttmänner brachten nun den Betrunkenen unter einem großen Menschenauflauf nach seiner Schlafstelle in der Rügenschtr. 14. Sombrowski hatte drei Tage lang nicht gearbeitet, sondern nur getrunken. In der Nacht zum Sonntag starb er an Alkoholvergiftung. Seine Leiche wurde gestern mittag besegnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Nächtlicher Selbstmord. Der 61 Jahre alte Schankwirt Wilhelm Vok betrieb seit 9 Jahren in der Voehstr. 22 ein Geschäft, das sehr gut geht, und lebte mit seiner Frau und einem erwachsenen Sohne in guten Verhältnissen und im besten Einvernehmen. Am Donnerstag veranstaltete er ein Sommerfest, das er noch in der besten Laune mitfeierte. Auch nach diesem Feste merkte man ihm keine Veränderung an. Als Frau Vok am Sonnabendmorgen auffand, fand sie ihren Mann in der Wohnung erhängt auf. Niemand weiß, weshalb er Hand an sich gelegt hat.

Der Brand einer Strohmiete veranlaßte am Sonntagabend unter den zahlreichen Ausflüglern nach den südlichen und südwestlichen Vororten Aufsehen. Eine an der Veig-Budower Gemarkung aufgestellte Strohmiete, die, wie angenommen wird, durch Unvorsichtigkeit von Ausflüglern angezündet war, ging gegen acht Uhr in Flammen auf. Von dem Geblitzende gepöschelt, schlugen die Feuerzweige haushoch empor, weithin sichtbar wurden die Feuerzweige wahrgenommen. Die Feuerwehren aus Nirdorf, Veig, Budow und den umliegenden Ortshafen waren zur Stelle, doch war es natürlich nicht möglich, den Brand zum Stehen zu bringen. Erst in späterer Nacht wurde das Feuer, nachdem der gesamte Strohvorrat vernichtet war.

Erhängt hat sich der 54-jährige Hausverwalter A. Thomaszewski, Gütchenerstr. 55, am Sonntagvormittag in seiner Wohnung. Derselbe verjah bereits seit 24 Jahren in der südlichen Gasanstalt obiger Straße seinen Dienst als Nachtportier. Ih. ist wiederholt an Reihen, das vom Feldzuge 1870/71 herührte. Die Leiche wurde nach dem Obduktionshaufe gebracht. Die Frau ist vor Schreck erkrankt.

Verschwinden. Seit dem 29. Juni 1903 ist der 16-jährige Hermann Pfeife nach Einlieferung von 200 M. spurlos verschwunden. Derselbe ist 1,50 Meter groß, hat auf der linken Wange eine Wange und einen nach vorn neigenden Oberlippen. Etwaige Nachrichten über den Verbleib desselben sind an das nächstgelegene Polizeirevier oder an Robert P. r e s c h e, Berlin SO., Langfurterstraße 10, I zu richten.

Von einem Hunde zerfleischt wurde am Sonntag früh die Frau eines Restaurateurs W. in der Höhrerstraße. Der Hund, ein Bernhardiner, der vor dem Wette lag, drang plötzlich ohne Veranlassung auf die Frau ein und brachte ihr schwere Wunden bei. Nur mit Mühe konnte das Tier gebändigt werden. Die Frau wurde von einem Arzt der nahen Tollwutstation verbunden und dem Krankenhaus überwiefen. Der Hund wird auf Tollwutverdacht hin beobachtet. Der Restaurateur hatte das Tier selbst geholt, doch war es ihm vor 1 1/2 Jahren abhandeln gelungen. Erst vor wenigen Tagen hatte er es am Kanal wieder aufgefunden und mit nach Hause genommen. Wahrscheinlich hatte der Hund die Erinnerung an seine Besitzer verloren, vielleicht auch war er durch schlechte Behandlung bössartig geworden.

Aus den Nachbarorten.

Nirdorf. Der Bauhilfstr. 11 wohnhafte Vierfahrer Gubl hatte nachts ein Fenster seiner im ersten Stockwerk belegenen Wohnung offen stehen lassen. Ein Einbrecher sah dies, holte sich von einem nahen Neubau eine Leiter und krieg auf derselben durch das G. l e c h e Fenster. Als er in der Wohnung mit dem Zusammenpacken von Sachen beschäftigt war, wurde der Dieb von dem inzwischen munter gewordenen Gubl überrascht, festgenommen und nach dem nahen Polizeirevier gebracht. Hier gab der Einbrecher an, daß er der 38 Jahre alte Maurer Julius Mach sei und behauptete, Ende Mai dieses Jahres mit zwei anderen Insassen aus der Provinzial-Justizanstalt Conradstein bei Preußisch-Stargard entflohen zu sein. Sämtliche Papiere, die man bei dem angeblichen Mach vorfand, lauten jedoch auf den am 6. Januar 1867 geborenen Maurer Johann Schmidt, unter welchem Namen er auch bei einer Familie Lehmann, Langstraße 13 in Berlin, bisher gewohnt hat. Die Kriminalpolizei glaubt, einen alten Justizhändler in dem Festgenommenen vor sich zu haben und ist eifrig bemüht, das Inlogno des selben zu lüften. — Am Hause des neuen Jakob-Kirchhofes in der Enserstraße wurde der 43-jährige Arbeiter Karl Kuhnert vom Hohenzollern-Platz 18 erhängt aufgefunden. Nahrungsjorgen sollen den Verurteilten in den Tod getrieben haben.

Von einem Straßenzugwagen überfahren wurde in der vergangenen Nacht der 30 Jahre alte Handelsmann Richard Schuster aus der Voehstr. 43. Der Mann fiel am Ausfahrenden von einem Motorwagen und geriet unter einen Anhänger, dessen Räder über ihn hinweg gingen. Der Verunglückte wurde mit einem Schwadischen Rettungswagen in ein Krankenhaus gebracht, wo ihn heute morgen bereits ein Arm abgenommen werden mußte.

Gerichts-Zeitung.

Gefängniszustände.
Interessante Schloßlichter auf die Behandlung von Arrestanten seitens untergeordneter Beamten warf eine Verhandlung, welche gestern vor der zweiten Ferien-Strafkammer am Landgericht II stattfand. Auf der Anklageband stand der noch jugendliche Hausdiener August Bergmann aus Richtenberg, der vom Schöffengericht des Amtsgerichts II wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt freigesprochen worden ist. Gegen dieses Urteil die lgl. Staatsanwaltschaft Verurteilung eingelegt. Die Anklage hatte eine nicht uninteressante Vorgeschichte. In der Nacht vom 28. zum 29. September 1900 lang der Angeklagte auf einer Richtenberger Straße laut und wurde deshalb von einem Werdarm arreliert und in das Amtsgefängnis eingeliefert. Der Amtsdienner und Gefangenen-Aufsicher Zeit nahm ihn in Empfang, nahm ihm seine Sachen ab und sperrte ihn dann in eine Zelle. Dabei soll der Gefangenen-Aufsicher den Arrestanten wiederholt gemißhandelt haben. Auf Anzeige des Bergmann wurde der Beamte wegen Mißhandlung eines Gefangenen bezw. wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt unter Anklage gestellt und von der ersten Strafkammer am Landgericht II zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Der Kaiser hat diese Strafe im Gnadenwege in 250 M. Geldstrafe umgewandelt. Nachdem der Gefängnis-Aufsicher verurteilt war, machte er gegen

Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden. Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 11. August.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Neues Operntheater. Die Geisha, oder: Eine japanische Theatersgeschichte.
Becken. All-Heidelberg.
Veiling. Die Kleinbürger.
Deutsches. Norma Banna.
Anfang 8 Uhr:
Lieberspielhaus (Kroll). Distanz nach dem Balle.
Berliner. Hedra.
Kleines. Nachtschl.
Belle-Alliance. Spezialitäten.
Carl Weich. Der Bekehrte einer Frau.
Apollo. Die Liebesinsel. Spezialitäten.
Metropol. Neueste! Allerneuestes!
Reichshallen. Steffiner Sänger.
Passage-Theater. Spezialitäten.
Urania. Landstraße 48/49.
Von der Zugspitze zum Watzmann.
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Nachtschl.
Anfang 8 Uhr.

Belle-Alliance-Theater.
Im herrlichen Sommergarten:
Anf. Sonntag 6 Uhr, Sonntag 4 Uhr:
Grosses Konzert.
Anf. der Spezialitäten-Vorst. 8 Uhr.
Bei ungenügender Beleuchtung im Theater.
Ad-Ad lebt und schwebt, erregt das größte Entzücken.
Das neue August-Programm.
Entree 50 Pf. Entree 50 Pf.

Trianon-Theater.
Georgenstraße, zwischen Friedrichs- und Universitätsstraße.
Sonntag, den 15. August er.:
Wiedereröffnung.

Die Notbrücke.

Metropol-Theater.
Der grösste Erfolg dieser Saison!
Zum 212. Male:

Neuestes!
Allerneuestes!
Dramatische Revue in 5 Bildern.
Glänzende Balletts. 300 Mitwirkende.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater.
Zum **Die Liebes-Insel**
mit dem genialsten Briefmarken-Ballett.
Ein ungetreues Weib.
Mimodrama in 2 Akten, gespielt von Merians dressierten Hunden.
The Avolos — Brothers Kaufmann.

Carl Weiss-Theater.
Grosse Frankfurter Straße 132.
Abends 8 Uhr:
Der Fehltritt einer Frau.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, den 11. August: **Der Leiermann und sein Pflegekind.**
Im Garten: Neue Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.

Fröhels Allerlei-Theater
fr. Puhmann. Schönf. Allee 148.
Inhaber: **Wilhelm Fröbel.**
Dienste sowie täglich:
Riesen-Gala-Vorstellung
des gesamten, neu engagierten **August-Spielplans**
Um 8 Uhr: Großer Beifall!
Das Bild des Vaters.
Original-Bild v. Anton Vinn.
Im Saale: **Grosser Ball.**
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.
Freitag, den 11. August: **Hugo Schulz-Benefiz.**

Bernhard Rose-Theater.
Gelandebühnen, Landstraße 68.
Dienstag, den 11. August:

Friede auf Erden.
Lebensbild mit Gesang und Tanz in 3 Akten von D. Schulz.
Delos, einheimiger Handarbeits-Karl Groth, Geisteskomiker.
The 3 Amaranths, afro. Tänzerinnen.
Gasset mit seinen dreifachen Tanden.
Rivas und Diaz, Antipodenpaar auf lebendem Liebesbalken.
Mary Ellys, moderne Trolletten.
Richard Wagner, Konzertsänger.
Ballett-Gesellschaft „Saltarello“.
Mario Förster, Solodänzerin.
Anfang 4 Uhr.

Urania.
Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.
Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.

CASTANS Panoptikum
Friedrichstr. 155.

!! Menschliches Doppelwesen:
die zusammen- gewachsenen Schwestern.
20 Jahre alt, spielen Violine!

Passage-Theater.
Anf. Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr.

Die Tritons, die besten Taucher der Welt, 5 Min. unter Wasser ohne z. atmen.
Kapitain Mariens, Kunstschütze.
Ganz Berlin zerbricht sich schon den siebenten Monat den Kopf über **AGA!**
Freitag, 14. Aug., erstes Auftr.:
Das Moto-Mädchen.
Mensch oder Maschine?
Das neue Rätsel für Berlin.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Doppelkonzert.
Entree 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf. Kinder unter 10 J. die Hälfte.

In der Arena:
Raubtier-Spielschule.
5 Löwen, 1 Leopard, 1 Hyäne, 1 Bär. — Vorstellungen:
Wochentags 4-5, 6-7 Uhr.
Sonnt. 12-1, 4-5 u. 6-7 Uhr.
Eintritt: Sperrsitze 1 M., Stehplätze 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
8 1/2 Uhr:
Liane, die zweite Frau.
Vorher: Dir wie mir.
Anfang 6 Uhr.
Kasselerische von 3 Uhr ab.
Bei schlechtem Wetter: Vorstellung im Saale.

Prater-Theater
Rastanien-Allee 7/9. Direkt.: M. Kalbo.
Täglich: **Alt-Heidelberg du Feine.**
Lieber Spiel in 3 Akten von D. Richter.
Konzert und Ball.
U. a.: Deta Waldau, Bravour-Soubre.
Original Eugen Milardo, Tanzsumoist.
Neu! **The Berlings.** Neu!
die jüngste Aufnahme.
Johnke Compagnie.
Transformations-Red. Fantomimne.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., num. Platz 50 Pf.

Diez' Spezialitäten-Theater
Landsberger Allee 76-77 (Ringbahn-Station).
Ob schön! Ob Regen!
Täglich das vollständig konkurrenzlose **Riesen-August-Programm!**
H. Stahnke, Mt. Domando und Miss Ann. The Delsons.
Lero-Quartett. Gebr. Bollong.
Fritz Brand. Dantes Bioscop usw.
Sonab., Sonntag, Montag: Tanz.
Anf. Wochent. 5 Uhr, Sonnt. 4 Uhr.

WINTERGARTEN
Täglich im Garten:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger und Konzert.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag nach der Solree: Tanzkränzchen.
Für die Winterhalbe sind noch einige Sonnabende frei zu bestellbar.

Etablissement Buggenhagen am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Konzert
des berühmten Orchesters des Signor Vincenzo Ferrara.
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag im Kaiser-Saal: Tanz.

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz. Rüdigerdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Der Vorverkauf findet an der Tageskasse von 10-5 Uhr statt.

Deutscher Arbeiter-Abstinenten-Bund
Ortsgruppe Berlin.
Sonntag, 15. August, in Bades Volksgarten zu Treptow (Parkstr.):
Grosses Sommer-fest
verbunden mit
Sommernachts-Ball
unter Mitwirkung der
Sänger-Gesellschaft Strzelewicz.
Nachmittags: Kinderbelustigungen.
Von 8 Uhr abends: **Großer Ball.** Herren, welche daran teil- nehmen, zahlen 30 Pf. nach.
Um 9 Uhr: **Feierde.** gehalten vom Genossen Simon Katzenstein. Näheres die Programme.
Die Kaffeefische steht den Damen von 3 Uhr ab zur Verfügung.
Beginn des Konzerts 5 Uhr, der Vorstellung 7 Uhr. — Eintritt 25 Pf.
Billets sind in den mit Plakaten belegten Geschäften, sowie an der Abendkasse zu haben. 290/7

Max Klie'm's Sommer-Theater
Hasenheide 12-15. — Wöchentliche Vorstellung: **Paul Milbitz.**
Täglich: 17182*
Grosses Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten **Kindervorste.** — Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**
Die Kaffeefische ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochlegante Regalbahnen, Büchelbuden, Konditorei, Blumenhand etc.
In den Sälen: **Familien-Kränzchen.**

Schloss Weissensee.
„Zum Miernecker“, Inhaber: C. Koch.
Täglich: **Grosse Theater-Spezialitäten-Vorstellung.**
Nebenprogramm, 40 Nummern. Im Bal champêtre: **Grosser BALL.**
Illumination der Fontains lumineuses. Jeden Mittwoch:
Grosses Kinderfreudenfest mit Gratis-Verlosung.
Jeden Donnerstag: **Grosses Monströ-Elle-Feuerwerk u. Doppelkonzert.**
Jeden Sonntag: **Grosses DOPPEL-KONZERT.**
Kaffeefische. — Volksbelustigungen aller Art.

Fürstehof, Festsäle (ca. 300 Pers. fassend)
Anf. Amandus Zöls, Köpnickstr. 137, a. d. Adalbertstr.
Elegante **Festsäle**
zu **Kränzchen, Versammlungen etc.** an Sonnabenden und Sonntagen noch zu vergeben.

Schweizer-Garten
am Königsfor, am Friedrichshain.
Täglich: **Theater** und **Artisten-Vorstellung, Ball u. Volksbelustigungen.**
Abends 10 Uhr:
Berliner Sportmadel.
Voffe mit Gesang in zwei Bildern von Gerike.
Bioscop.
Lebende Bilder. Neueste Aufnahme.
Jeden Mittwoch: **Kindervest.**

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Tägl. im herrl. Garten: Tägl. **Grossart. Programm.**
Tom Bryasty, Gerza-Sano, Any Realy, Eduard Reutz, Henriette Doreneux, Bonnet-Trio, R. Schaus.
Mittw., Sonnab., Sonntag: Tanz.
Anfang 8 Uhr, Sonntag 5 Uhr.

Portièren
Spezialität! (ca. 200 Genre) Einzelne Garnituren spottbill.
Special-Katalog ca. 600 Illust. gratis u. franco.
Teppich- **Emil Lefèvre,** Oranienstrasse 158 Berlin S.

Vereine!!!
Für Festlichkeiten und Versammlungen sind Säle noch Sonnabends, Montags und Mittwochs frei.
Buss Salon (Anf. Ch. Theol), Grosse Frankfurterstr. 85.
60 Pfundern, reich aus dem franco P. Napp, Schweinstraße Nr. 56.
5 1/2 Pfund Brot 50 Pf. Backware
6 Stück für 10 Pf. **Albrechts Bäckerelen:**
Wrangelestr. 9, Krautstr. 19, Roldenstr. 28, Paulkerstr. 2, Marktstr. 10, Stand 22/23, Marktstr. 10, Stand 16/18.

Etablissement Buggenhagen am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Konzert
des berühmten Orchesters des Signor Vincenzo Ferrara.
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag im Kaiser-Saal: Tanz.

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz. Rüdigerdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Speck, mager, a Pfd. 70, bei 5 Pf. 65 Pf. fetter, 70, 5, 65
Delikatessitäten, ohne Knochen, a Pfd. 95 Pf. 20102*
Rollschinken, a Pfd. 115 Pf.
Vonbischen, 95
Wiedelleberwurst, 55
Reine Leberwurst, 85
Vom. Sandleberw. 90
Thür. Rotwurst, 55
Thür. Fleischwurst, 65
Vom. Landrotwurst, 90
Salami u. Schinken, weiche, 95
Westf. Schinkenwurst a Pfd. 125
Thür. 115
E. Klähn, Lindenstr. 10, Oranienstr. 154.

Charlottenburg.
F. Kunstmann
Wallstr. 1.
Uhrmacher und Goldarbeiter.
Grosses Lager, billige Preise. — Reparaturen schnell, billigst.

BLUTARMEN. KRANKEN
ärztlich empfohlen
1-50 und 2 Mark.
FEURIG SÜSSER KRAFT-ROTHWEIN
Santa Lucia
steht unter ständiger Kontrolle des Gerichtschemikers Dr. C. Bischoff. 21082*

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.
Spezialarzt für **Haut- und Harnleiden.**
10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4

Kranz- und Blumenbinderei
von **H. Rodewald,**
Alexandrienerstrasse 1a.
Kranze mit Bindungsschleifen, Arrangements zu Festlichkeiten, Bouquets, Tischgewand etc. jeder Art zu preiszert.

Kranz- und Blumenbinderei
von **Robert Meyer,**
nur Mariannen-Strasse 2.
Bereits Kranze, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Girlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbänden, Leibbinden, Geradenhalten, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtliche Artikel zur Krankenkpflege.
Eigene Werkstatt.
Lieferant für Dots- u. Hilfs-Krankensassen.
Berlin C., 20092*
30. Finen-Strasse 30.
NB. Alle Bruchbänder mit elastischen Bändern, angenehm und weich am Körper.

Kopfläuse **„Puffi“**
nebst Brut verschwinden sofort!
Cassell. Erfolg überraschend.
In Drogerien 50 Pfr

Verfälschte Wänder!
Goldfaden wie Brillanten jeder Art, gold u. silb. Damen wie Herren- Uhren, Ketten, Ringe, fauber u. schön, spottbillig dert. **Wandl eide,** Prutzen-Strasse 28, 1, Ecke Ritterstrasse. 16742*

Auf allerbequemste Art
Teilkzahlung!!!
(wöchentlich 1 Mark)
Herrn-, Damen- u. Wacker- Uhren, Regulatorn, Broschen, Ringe, Ketten.
Jahre & König, Warschauerstr. 72.

Max Brinner, Jerusalemstr. 42 u. Brunnenstr. 6.
Großartige Auswahl von **Kindersport- und Puppenwagen.**
Best. Fabrikat billigst. Teilkzahlung gestattet

Dr. Salingré
Neue Kohlr. 1 von der Rehe zurück. 16/1

Mechanische Werkstatt
elektr. Betrieb, mit Kundhaft zu verkaufen. Offerten K. L. Holst 53.

Erker-Neu-Buchhorn.
Baukosten, nahe Schule, Wald, See, [Bld. 15 Nr. 4, Anzahl, über 50 Baudt. bis jetzt verl. September Preisverhöhung. Schulz, Kirdori, Neumarkt. 12/13. 23062*

Künstl. Zähne, tadellose Ausführung
von 3 R. an, Plomben von 2 R. an
Max Guckel, Lausitzer Platz 2.
Vorgefert. dieses erhält: 4 R. Gemäßigung bei Auftrag von 20,00 R., unter 20 R. 2 R. 20512*

Tod allen Wanzen
durch meine Wanzen-Linse, in Flasch. 0,50, 1,00, 2,00, 5,00 Pf. Schweben, fliegen, kriechen, Blattläuse etc. werden durch mein Pulver vollständig vernichtet. Schachtel 0,30, 0,60 und 1 R.
1000 M. Belohnung
zahle demjenigen, der mir einen Nagerfolg nachweist. Zahlreiche Anerkennungen. Gut zu haben bei Otto Gottschalk, Prokurist, Krautstr. 55a, an der Großen Frankfurterstr. 10112*

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Steglitz.
Am Sonntag, den 8. d. M., verstarb unser Kollege

Robert Siefert
im Alter von 41 Jahren an der Profetierkrankheit.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 11. August, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Steglitzer Friedhofes aus statt.
Ehre seinem Andenken!
85/20 Die Ortsverwaltung.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler.
Zahlstelle Steglitz.
Am Sonntag, den 8. August, verstarb unser Mitglied, der Tischler

Robert Siefert.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 11. August, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Steglitzer Friedhofes aus statt.
Ehre seinem Andenken!
189/14 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Bodenleger

Gustav Kinke
am 8. August verstarb ist.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 11. August, nachmittags um 4 Uhr von der Leichenhalle des Hiesigen Kirchhofes in Nieder-Sagunhausen, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Allen Bekannten, Freunden und Genossen die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Steinmetz

Johann Reck
im 38. Lebensjahre nach langem Leiden samt entliehen ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Christuskirchhofes zu Mariendorf aus statt.
Bitte Reck geb. Brandt und Kind, Bornstraße 4.

Die Beerdigung meiner nach langem und schmerzhaftem verstorbenen Leibes

Gertrud Schmidt, Blumenmädchen,
findet heute nachmittags 4 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Hiesigen Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.
Karl Schmidt, Galtwitz, 2006 Prinzen-Allee 81.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schleifer

Walter Huber
am 7. August am Bluthaus gestorben ist.
Wir werden sein Andenken in Ehren halten.
190/4
Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Meinen Kollegen und Parteifreunden zur Nachricht, daß nach zweijährigen qualvollen Leiden meine treue Lebensgefährtin im Alter von 37 Jahren durch den Tod erlöst wurde, nachdem sie 15 Jahre an meiner Seite Freund und Leid geteilt hat.
Die Bestattung findet am Donnerstag, den 11. August, um 10 Uhr am dem Charité-Kirchhof in der Wälderstraße statt.
Richard Babel, Tischler.

Danksagung.
Für die bei der Beerdigung unseres Vaters bewiesene herzliche Teilnahme und liebevollen Kranzspenden, insbesondere dem Arbeiter-Vereinsverein „Dr. Brunsdorfer Vorposten“, lagen ihm herzlichsten Dank
Julius Rogatz und Frau, Berlin SO., Gewerkschaftshaus.

